

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 65 DM, ermäßigtes Abo: 39 DM, Förderabo: 78 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 13/15. Jahrgang

1. Juli 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM



100 000 demonstrierten in Ffm: S. 3



Post: Kampf um Sozialtarifvertrag

Die Warnstreiks der Postbeschäftigten verdienen die Unterstützung aller Gewerkschaften!

Die Warnstreiks bei den drei Postunternehmen über den Abschluß eines Sozialtarifvertrages gehen nun in die vierte Woche. Seit dem 6. Juni verhandeln Vertreter der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) mit den Postarbeitgebern über die soziale Absicherung der Postbeschäftigten nach der geplanten Privatisierung der DBP Bankdienst, DBP Postdienst und DBP Telekom.

Erst nach massiven Warnstreiks waren die Manager der drei Postunternehmen bereit, über den von der DPG geforderten Sozialtarifvertrag zu verhandeln. Die DPG legte einen Tarifvertragsentwurf über die Sicherung der Sozialleistungen nach der Privatisierung

für die Beschäftigten vor. Das geforderte Paket, abgesehen von einigen Kleinigkeiten wie Kaltgetränk oder Krankengeld, über die in den Medien gegen die DPG und den geforderten Tarifvertrag polemisiert wurde, umfaßt zum Teil existentielle Regelungen. Dabei geht es unter anderem um bezahlbare Wohnungen, Jugend- und Erwachsenenwohnheime, Familienheimdarlehen, Kinder- und Erholungsfürsorge, Kantinenversorgung sowie die soziale Betreuung, betriebsärztliche Versorgung und die Betriebskrankenkasse.

Wenn man bedenkt, daß ca. 80% der 670 000 Beschäftigten im einfachen und mittleren Dienst arbeiten und bekanntermaßen nicht viel verdienen, dann ist

die Summe von 700 Mio DM. — etwa 1000 DM pro Beschäftigten — für die Sozialleistungen als geringfügige Anhebung des Lohnes zu betrachten und für die Beschäftigten unverzichtbar.

Im übrigen sind viele dieser Sozialleistungen auch in anderen Unternehmen üblich. Es handelt sich also keineswegs um irgendwelche Privilegien der Postbeschäftigten. Die Postmanager wollen mit der Privatisierung die Chance nutzen, Sozialleistungen einzuschränken bzw. abzuschaffen und die Personalausgaben spürbar mindern.

Dementsprechend war das Angebot und die Verhandlungstaktik der Postmanager angelegt. Das Angebot sah eine Übernahme von acht der über

zwanzig Sozialleistungen vor, wobei diese acht dann durch die neuen Aktiengesellschaften nach Gutsherrenart jederzeit gekürzt bzw. abgeschafft werden könnten. In der ersten Verhandlungsrunde bewegten sich die Arbeitgeber überhaupt nicht. Nach 34 Verhandlungsstunden mit zweimaliger Vertagung brach die DPG diese ab und setzte den Managern eine Frist zur Unterbreitung eines verhandelbaren Angebotes. Diese Frist verstrich am Donnerstag, den 9. Juni, ohne daß eine Reaktion aus Bonn kam. Die DPG setzte daraufhin wieder bundesweit Warnstreiks in allen drei Unternehmen an. Nach massiven Warnstreiks — bis zu 10 000 Beschäftigte

Fortsetzung Seite 2 unten

Ruanda: Kolonialismus, Machtdemonstration

Andrea Lederer: Die französische Intervention in Ruanda hat sehr wenig mit Humanität, dafür aber sehr viel mit Kolonialismus und Machtpolitik zu tun. Es sind die von der Regierungssoldateska bedrohten Tutsi, die sich umißverständlich gegen die Intervention ausgesprochen haben, also gerade jene, denen Frankreich mit der Intervention zu helfen vorgibt.

Das beeindruckt die französische Regierung offenbar nicht im mindesten. Sie selbst hat durch Militärübungen und -aktionen gegen die PFR-Rebellen, durch Ausbildung und Waffenlieferungen den Völkermord der Regierungsmilizen mit vorbereitet. Die Intervention zum jetzigen Zeitpunkt, nachdem der Völkermord schon längst das Land zerstört hat und Ruanda weitgehend in der Hand der PFR ist, soll den französischen Einfluß in Ruanda sichern und nutzt im Lande offenbar nur der Hutu-Regierung. Folgerichtig protestiert

PDS/LL gegen französische Militärintervention

diese auch nicht gegen die Intervention.

Mit Frankreich hat der UN-Sicherheitsrat den Bock zum Gärtner gemacht. Er hat eben die Großmacht zur Militärintervention legitimiert, die in Ruanda vor allem eigene Interessen verfolgt, die maßgeblich für die jetzige Katastrophe verantwortlich ist und die schon zuvor die PFR militärisch bekämpft hat. Mit Neutralität und Humanität hat das nichts zu tun.

Es wundert uns allerdings nicht, daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Hans Stercken (CDU), wieder eifert für einer Militäraktion Beifall zollt, bei der das „humanitäre Anliegen“ nur ein Vorwand ist. Die CDU/

CSU ist offenbar gewillt, jede Gelegenheit zu nutzen, um Militäraktionen in Afrika zu einer Art europäischen Naturrecht zu erklären.

Andrea Lederer ist friedenspolitische Sprecherin der PDS/LL.

Quelle: Presseerklärung vom 25.6., aus: CL-Netz

Hans Modrow: Die PDS/Linke Liste im Bundestag lehnt die unter fadenscheinigen humanitären Vorwänden und Mißbrauch der UNO begonnene französische Militärintervention in Ruanda entschieden ab. Sie ist ein Schritt zurück in koloniale Vergangenheit und ein weiterer Schritt voran auf dem Weg

zur Herstellung einer Weltordnung, in der nicht Humanität, Selbstbestimmungsrecht der Völker und souveräne Gleichheit der Staaten, sondern das Streben nach imperialer Macht, Einfluß und Hegemonie bestimmen sollen. Die Militärintervention zeigt die fehlende Bereitschaft, Lehren aus dem verhängnisvollen Somalia-Abenteuer zu ziehen. Einmal mehr macht sie sichtbar, daß die in den letzten Jahren eingetretenen grundlegenden Veränderungen in den internationalen Kräfterelationen, die Zunahme blutiger ethnischer und religiöser Konflikte die Organisation der Vereinten Nationen vor Herausforderungen gestellt haben, denen sie ohne eine Umgestaltung und umfassende Demokratisierung nicht gerecht werden kann.

Hans Modrow ist Ehrenvorsitzender der PDS und außenpolitischer Sprecher der PDS/LL im Bundestag.

Quelle: CL-Netz, 25. 6.

Wahlergebnisse, Wahl-Diskussion: S. 11 - 14

89,5% für Streiks

Urabstimmung der IG Medien: Große Mehrheit für weitere Streiks

Der Tarifkonflikt in der Druckindustrie dauert an. Wir dokumentieren aus der Presseerklärung der IG Medien zum Ergebnis der Urabstimmung und einen Bericht aus Hamburg.

Zum Urabstimmungsergebnis

Stuttgart. In 153 Zeitungsbetrieben waren am 22. und 23. Juni 1994 bundesweit 17215 Mitglieder der IG Medien, die mit der technischen Herstellung von Tageszeitungen beschäftigt sind, zur Urabstimmung aufgerufen. Teilgenommen haben 12550 Mitglieder, davon haben sich 11283 Mitglieder, das sind 89,5 Prozent, für die Fortführung des Arbeitskampfes und für die Teilnahme an flexiblen Streiks ausgesprochen; 10,2 Prozent stimmten mit Nein. Nach 15 Wochen mit 1300 Warnstreiks und flexiblen Streiks in zusammen 350 Betrieben mit rund 90000 Beteiligten wertet die IG Medien dieses Ergebnis als eine klare Antwort ihrer Mitglieder zur Bereitschaft, die Streiks fortzusetzen...

Quelle: Pressemitteilung vom 24. Juni

Ein Bericht aus Hamburg

Hamburg. Über 500 Kollegen nahmen am 23. 6. an einer Demonstration teil, zu der die IG Medien aufgerufen hatte. Auf einer Kundgebung vor dem Springer-

Verlagsgebäude sprachen der Vorsitzende des Landesbezirks Nord, Metzinger, der Hamburger DGB-Vorsitzende Pumm und ein Vertreter der Deutschen Postgewerkschaft. Unterstützt wurde die Demonstration auch von einer Abordnung der Gewerkschaft HBV. Beifall erhielt der Satiriker Hans Scheibner für seine Lesart der sozialen Grausamkeiten von DIHT-Präsident Stihl. Die Hauptforderungen waren: Erhalt des freien Wochenendes, keine kalte Rücknahme der 35-Stundenwoche durch den vom Bundesverband Druck geforderten „Arbeitszeitkorridor“, keine Streichung der Überstundenzuschläge, Tarifrente für Schichtarbeiter und Verbesserung des Gesundheitsschutzes in den Betrieben. Die Demonstration führte durch die Innenstadt zum Spiegel-Verlagshaus und endete beim Bauer-Verlag.

Die Urabstimmungen in 14 Betrieben des Landesbezirks Nord ergab 91,1% für Fortsetzung der Kampfmaßnahmen, im Mecklenburg-Vorpommern stimmten 78,9% dafür. Von Donnerstag bis zum Wochenende fanden allein im Norden Warnstreiks bei Claussen und Bosse (Leck), den Zeitungsdruckereien in Bremervörde, Otterndorf, Cuxhaven, Stade, Kiel, Bergedorf, bei Springer in Ahrensburg (Tiefdruck und Offset), Springer in Hamburg sowie bei Broschek statt. — (ulj)

Fortsetzung von Seite 1:
Poststreiks...

— wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Um die Hinhalte- und Verzögerungstaktik der Arbeitgeber zu durchkreuzen, wurden und werden die Verhandlungen seitdem von Warnstreiks mit bis zu 18000 Beschäftigten begleitet. Bis Redaktionsschluss konnten zwei Teiltarifverträge abgeschlossen werden.

In dem ersten Tarifvertrag über die Sicherung der Eingruppierung für die Angestellten und Arbeiter ist festgeschrieben, daß infolge von Bewertungsver schlechterungen für beamtenbewertete Dienstposten, die einseitig von den neuen Unternehmen geändert werden können und auf die die jetzigen Tarifverträge für Angestellte und Arbeiter/Innen bei der DBP aufgebaut sind, keine Änderungskündigungen ausgesprochen werden dürfen. Der Tarifvertrag ist befristet, so daß Änderungen in der Eingruppierungen bis zum 30. Juni 1996 für Beschäftigte mit einer Postdienstzeit unter zwei Jahren, bis zum 30. 9. mit einer Postdienstzeit von zwei bis fünf Jahren und bis zum 31. 12. 96 für alle, die über fünf Postdienstjahre haben, nicht ausgesprochen werden können. Die DPG hat damit für die überwiegende Zahl der Beschäftigten eine Lohnsicherung bis zum 31. 12. 96 durchgesetzt und Zeit geschaffen, in den nächsten beiden Jahren einen Tarifvertrag mit einem völlig neuen Bewertungs- und Bezahlungssystem auszuhandeln.

Am 17. Juni wurde der zweite Abschluß zum Tarifgebiet Ost unterzeichnet, in dem die Anpassung der Unkündbarkeitsregelungen, Arbeitszeit, Einkommen und betriebliche Altersversorgung in Ostdeutschland an das westdeutsche Tarifniveau geregelt ist.

Zwischenzeitlich beantragten die Postunternehmen bei mehreren Arbeitsgerichten einstweilige Verfügun-

gen gegen die Warnstreiks der DPG, die „keinen normalen Arbeitskampf“ führe, sondern mit den „politischen Streiks“ die Postreform verhindern wolle. Während das Arbeitsgericht Rosenheim den Antrag auf eine einstweilige Verfügung gar nicht erst annahm und an die Arbeitgeber zurückwies, erklärten die Arbeitsgerichte Nürnberg, Frankfurt, Duisburg, Münster und Hamburg die Warnstreiks für rechtmäßig. Lediglich das Arbeitsgericht Stuttgart folgte der Argumentation der Postarbeitgeber und gab ihnen recht.

Nach den beiden Teilabschlüssen stehen für die DPG noch drei Abschlüsse für das Gesamtpaket an. Zum einen der oben schon angeführte Sozialtarifvertrag, ein Insolvenztarifvertrag sowie ein Mitbestimmungstarifvertrag. In dem Insolvenztarifvertrag sollen erarbeitete Ansprüche wie z.B. die Betriebsrente gesichert werden, falls das Unternehmen nach der Privatisierung Pleite geht. In dem Mitbestimmungstarifvertrag soll die Organisation der Interessenvertretung und Freistellungsanteile für die Betriebsräte über das Betriebsverfassungsgesetz hinaus festgeschrieben werden.

Der DPG läuft mittlerweile die Zeit davon. Bis zum 29. Juni, der Abstimmung im Bundestag sind es (nach Redaktionsschluss) nur noch drei Tage. Der Postausschuß hat bei Enthaltung der SPD und gegen die Stimmen der PDS dem Bundestag empfohlen, der Postreform in der vorliegenden modifizierten Fassung zuzustimmen. Die SPD hat sich bisher immer noch nicht klar geäußert, wie sie im Bundestag abstimmen wird. Ein klares Wort der SPD an die Postarbeitgeber, daß es die Zustimmung für die Privatisierung nur bei Sicherung der Postbeschäftigten, wie von der DPG gefordert, geben wird, könnte den Druck auf die Arbeitgeber auf Abschluß der noch offen stehenden Tarifverträge erheblich erhöhen. — (sip)

AKTUELL IN BONN

Reuters „neue Gesellschaftspolitik“

Daimler-Benz-Chef Reuter hat sich in einem Gespräch mit dem Handelsblatt (24./25. 6.) für eine „neue Gesellschaftspolitik“ ausgesprochen. Dabei müßten persönliche, individuelle Vermögen stärker herangezogen werden, „die es ermöglichen, neue Arten der Arbeit, der Arbeitszeitregelung und der Einkommensverteilung zu schaffen.“ Eine „breitere Spreizung der Arbeitseinkommen“, konkret „neue Lohngruppen...“, die unter den bisherigen liegen, seien zum Beispiel nötig, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Dem Mann schwebt vor, den Hinweis auf die steigenden Privatvermögen in der Mittelklasse als Propagandaargument einzusetzen, um arme Leute zu noch elenderen Arbeiten zu zwingen.

Neue Polizeibefugnisse für BGS

Das neue BGS-Gesetz, das Mitte Mai im Bundestag von den Regierungsparteien eingebracht wurde und noch vor dem Ende der Legislaturperiode abschließend verabschiedet werden soll, sieht eine Fülle von neuen Polizeibefugnissen sowie weitere Auslandseinsätze für den paramilitärischen BGS vor. So soll der BGS künftig auf Ersuchen der UN, „einer regionalen Abmachung oder Einrichtung gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen“, der die BRD angehört, der EU oder der WEU „im Ausland verwendet werden“. Die Entscheidung über solche Einsätze will allein die Bundesregierung fällen. Polizeiaufgaben kann der BGS künftig bundesweit bei allen Straftaten im Zusammenhang mit Grenzübertritten wahrnehmen, ebenso bei Straftaten „auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes“. Dazu gehört auch die Möglichkeit, Personen vorübergehend festzunehmen, in Gewahrsam zu nehmen, und zur Durchsuchung von Wohnungen. (Ds. 12/7562)

Verbrechensbekämpfungsgesetz

Das von den Regierungsparteien im Bundestag bereits mehrheitlich verabschiedete, wegen Lausangriff, Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten und zahlreichen Rechtsbeschneidungen für Beschuldigte heftig umstrittene „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ ist weiter blockiert. Der Bundesrat hatte das Gesetz abgelehnt, auch der Vermittlungsausschuß konnte sich jetzt nicht auf eine von Union, SPD und FDP gemeinsam getragene Fassung einigen. Nun sollen bis Anfang September „Expertengespräche“ stattfinden.

CSU: Türkei ist Rechtsstaat

Der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, zeigte sich nach einer Reise durch die Türkei „befriedigt über die Menschenrechtssituation“. Die Türkei sei „durchaus ein Rechtsstaat“, in dem die „eigenen Gesetze eingehalten“ würden. Einmal abgesehen davon, daß diese Gesetze der kurdischen Minderheit elementare Rechte verweigern, gehen amnesty international und Menschenrechtsorganisationen davon aus, daß in der Türkei systematisch gefoltert wird. Glos verlangt stattdessen, „kurdische Gewalttäter“ in die Türkei abzuschleppen.

Bei Geldentzug weniger PDS-Stimmen?

„Jede freie Mark haben wir in den Osten geschauelt“, so der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Landowsky. Der Spiegel gar wußte exakt, daß Westdeutschland „500 Milliarden Mark Aufbauhilfe“ geleistet habe. Nun stünde Bonn, so Landowsky, unter „Erklärungsdruck“, ob diese Politik richtig

war, weil derart viele Ossis PDS wählen. Insbesondere die Ostberliner PDS-Wähler seien offensichtlich „strukturell fest am früheren System ausgerichtet.“ Da müßten sich vor allem die Westberliner fragen, ob sie es „hinnehmen wollten, erst 40jähriger Bedrohung standzuhalten“, um sich dann „von Kommunisten überrollen zu lassen“.

Fremdlasten bei Renten

Allerorten heißt es: Die Rentenkassen drohen zusammenzuberechen. Eine „Rentenreform“, sprich ein Abbau der garantierten Leistungen, sei erforderlich. Ende Juni äußerte sich der Direktor des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Professor Franz Ruland, zu Wort. Ein Grund für die „Krise“ der Rentenversicherungen sei darauf zurückzuführen, daß diese „permanent mit versicherungsfremden Leistungen“ belastet würden. So müßte mit dem „Zweiten SED-Unrechtsbeseitigungsgesetz“ die Rentenversicherung „für die Kosten von SED-Unrecht“ aufkommen. Derartige Ausgaben seien, wenn denn erforderlich, Sache des Staates.

EU & Teeröl

Der Vertrag von Maastricht läuft in der Tendenz darauf hinaus, erreichte Standards zu unterlaufen. Ein neues Beispiel liefert die EU-Teerölverordnung, auf welche sich Ende Juni die EU-Wirtschaftsminister geeinigt haben. Teeröle, die als „Holzschutz“ ausgegeben werden, dürfen in der BRD nicht an Private verkauft und nicht in Innenräumen eingesetzt werden. Sie enthalten stark krebserregende Bestandteile. Die neue EU-Richtlinie würde, wenn sie in Kraft tritt, diese deutschen Standards des Gesundheitsschutzes aufheben. Umweltminister Töpfer will eine — zeitlich begrenzte — Aufrechterhaltung der deutschen Bestimmungen prüfen.

EU: Bald Haushaltsüberwachung?

Das Bundeskabinett hat am 21. Juni die Ziele für die BRD-Präsidentschaft in den EU-Ministerräten im 2. Halbjahr '94 beraten. Nach der Sitzung erläuterte Kinkel, es gelte jetzt u.a., „sich den in Maastricht vereinbarten Konvergenzkriterien zum Eintritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) zu nähern. Dazu werde ein Verfahren zur Überwachung der Haushaltslage in den Mitgliedstaaten geschaffen.“ Die Vereinbarungen zur Währungsunion in den Maastrichter Verträgen sahen nicht nur eine „Überwachung“ der Haushaltslage in den einzelnen EG-Staaten, sondern ggfs. auch direkte Auflagen bis hin zu Strafen, Bußgeldern und anderen Sanktionen gegen einzelne EG-Staaten vor, wenn deren Haushalt ein nach Meinung der EG-Kommission „stabilitätswidriges“ Defizit aufweist, z.B. wegen unerwünschter hoher Sozialleistungen. Diese Waffen des Vertrags will die BRD nunmehr gegen einzelne EG-Staaten zum Einsatz vorbereiten.

Was kommt demnächst?

Am 30. 6. soll der Bundestag die Ergebnisse der „Verfassungsreform“ abschließend beraten. Am 1. Juli ist die nächste Sitzung des Bundesrates, geplant auch als letzte Sitzung vor den „Sommerferien“. Am gleichen Tag tritt Herzog sein neues Amt als Bundespräsident an und übernimmt die BRD den Vorsitz in den EU-Ministerräten für das zweite Halbjahr 1994. Vom 3. bis 9. Juli ist der chinesische Ministerpräsident Li Peng zu Besuch. Vom 8. bis 10. Juli ist in Neapel Weltwirtschaftsgipfel.

Erfolgreiche Großdemonstration von kurdischen und deutschen Organisationen in Frankfurt

100 000 demonstrierten



Fast 100 000 Menschen beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter am 25. Juni in Frankfurt an der erfolgreichen Großdemonstration „für eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage“. Weitere tausende, nach Angaben der kurdischen Nachrichtenagentur KURD-A sogar 20 000 bis 25 000 Kurdinnen und Kurden wurden an den Grenzen der BRD bei der Anreise festgehalten, so daß sie nicht rechtzeitig nach Frankfurt kommen konnten.

Alle unterstrichen mit ihrer Teilnahme an dieser großen Demonstration, mit der de facto auch das Demonstrationsverbot gegen der PKK nahestehende Kurdinnen und Kurden in der BRD durchbrochen wurde (kurdische Farben und Embleme des kurdischen Befreiungskampfes konnten nicht unterdrückt werden) zugleich ihre ungebrochene Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes und ihren Protest gegen die Verbote kurdischer Vereine und Organisationen durch die Bundesregierung.

Zu der Aktion hatten fast 80 kurdische und deutsche Organisationen aufgerufen, darunter medico international, Kurdistan-Solidaritätsgruppen und Menschenrechtsgruppen, Mitglieder und Gliederungen von PDS, Grünen, DKP, Gewerkschaften, BWK, Volksfront, die KAZ u.a. Auf der Kundgebung sprachen u.a. Ulla Jelpke (MdB PDS/LL), German Dufour, belgischer Senator, Robert Perry, Labour-Mitglied des britischen Unterhauses, Vertreter der PASOK, der italienischen Kommunisten, der DEP.

Wir dokumentieren Auszüge aus den Reden von Hans Branscheidt (medico), Hans-Otto Wiebus (IG Medien) und Angelika Graf (SPD). — (rül)

Hans Branscheidt (medico)

... vom kurdischen Volk ist zu reden, von 40 Millionen Menschen im Nahen Osten, dem viertgrößten Volk im Nahen Osten, das einer der finstersten Unterdrückung und Degradierung ausgesetzt ist, die die Geschichte aufzuweisen hat: Verbot der eigenen Sprache, Auslöschung der Kultur, Vergewaltigung und Folter.

Das haben unter schrecklichen Umständen viele andere Völker auch erfahren, für das kurdische Volk aber kommt hinzu der zweimalig praktizierte Völkermordversuch in neuester Zeit: — der der Vernichtung durch Giftgas in den Jahren um 1988

— und der aktuelle in Nordwest-Kurdistan (Südost-Türkei), der in Ausmaß und Systematik die Dimension eines Völkermordes erreicht hat.

In beiden Fällen ist die Bundesrepublik der Beihilfe zu beschuldigen, die damals chemische Kampfstoffe an den Irak und heute Kriegswaffen an die Türkei liefert.

Die Opfer dieser genozidalen Vernichtung werden hier „Terroristen“ genannt — und sie werden so bezeichnet, weil die Lautstärke dieser Bezeichnung von der deutschen Schuld ablenken soll.

Das wird aber nicht gelingen.

International, auch in Deutschland, glauben Presse und Öffentlichkeit zunehmend nicht mehr diesen Behauptungen. Deutlicher wird, wer Schuld und Verantwortung trägt: Während aktuell der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag (Stercken, CDU), erneut als Todeshändler nach Bagdad fährt, Saddam die Hände schüttelt, um nach eigenen Worten die alten Geschäfte wieder fortzusetzen, sind es die Kurdinnen und ihre Parteien und Organisationen, die unentwegt mit großer moralischer Kraft friedliche und demokratische Lösungsvorschläge entwickeln. Das kurdische Volk ist gegen Gewalt und Krieg. Es hat Gewalt und

Krieg zu spüren bekommen und weiß, warum es dabei geht. Es hat den Krieg nicht erfunden — ganz andere sind dessen Urheber.

Werden die Ursachen des Krieges und der Akt des Völkermordes beendet, wollen alle Kurdinnen und Kurden das tun, was sie vor allem am sehnlichsten erhoffen: in Frieden mit anderen Völkern leben. Beendigung von Krieg und Terror in Kurdistan, nichts ist einfacher, nichts leichter, nichts wollen die Kurden mehr — wenn man sie in Frieden läßt. Wenn man sie anerkennt, respektiert, wenn ihre demokratischen Forderungen bedacht werden, wenn sie frei leben können.

Deshalb erwarten wir von den Staaten der EU und den USA die Einstellung jedweder militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung für die Türkei, bis diese den eigenen und internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen entspricht.

Bis dahin allerdings gehört die verantwortliche türkische Regierung auf die Anklagebank und muß international geächtet werden.

Wir fordern zudem die nationalen Strafverfolgungsbehörden auf, gegen jene zu ermitteln, die im Verdacht stehen, sich durch Unterstützung des Krieges in Kurdistan der Verbrechen im völkerrechtlichen Sinne schuldig gemacht zu haben.

Alle, die heute hier versammelt sind, sind sich einig in der Forderung:

Frieden und Demokratie und Selbstbestimmung in Kurdistan!

Angelika Graf (SPD-MdL, By)

... Diese Demonstration heute ist ein ermutigendes Zeichen. Ein ermutigendes Zeichen für die Sache der Kurdinnen und Kurden. Und doch ist diese heutige Versammlung nur ein kleiner Schritt, ein winziger Schritt auf dem langen Weg des Leidens des kurdischen

Volkes. Auf dem Weg in eine bessere Zukunft. Für diese bessere Zukunft der Kurdinnen und Kurden haben wir uns heute hier versammelt.

Und deshalb klagen wir an: den NATO-Partner Türkei, seine Nachbarländer Irak und Iran. Doch dies ist nicht genug.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, es ist nicht zum ersten Male, daß eine deutsche Regierung einem Völkermord auf türkischem Staatsgebiet zusieht und schweigt und ihren Vorteil daraus zieht.

Fast 80 Jahre ist es her, daß ein vermeintlicher Aufstand von Armeniern in der Stadt Van den Startschuß gab zu einem der größten Genozide der Menschheit ... Am Ende waren 1,5 Millionen Armenier vertrieben und ermordet ... Deutsche Konsulate schickten Berichte über die Massaker nach Berlin, doch die deutsche Regierung in Berlin schwieg und lieferte die Waffen ...

... es gibt heute einen großen Unterschied zu damals: vor fast 80 Jahren gelang es der deutschen Regierung, daß Informationen über den Völkermord auf türkischem Staatsgebiet nicht an die breite Öffentlichkeit gelangten. Und dies ist der Unterschied: heute kann es jeder in Deutschland lesen und hören und sehen: dank mutiger Journalisten wissen wir von den bombardierten Dörfern, zerstörter Landwirtschaft, mißhandelten Frauen und Kindern, zu Tode gefolterten Menschenrechtlern, ermordeten kurdischen Politikern ...

Wir wissen von dem Versuch des Völkermordes an den Kurden. Wir wissen vom Einsatz deutscher Waffensysteme. Wir wissen von der deutschen Unterstützung der türkischen Armee und Sicherheitskräfte. Wir wissen von dem schmutzigen Krieg in Kurdistan. Deshalb müssen wir handeln.

Hans-Otto Wiebus IG Medien

... Bundesinnenminister Kanther und

sein Vorgesetzter, Kanzler Kohl, machten sich mit dem Verbot der PKK und vieler kurdischer Vereine zum Helfershelfer der Regierung in Ankara. Sie machten sich zum Helfershelfer eines Regimes, das vom Generalstab der türkischen Armee gesteuert wird. Sie machten sich zum Helfershelfer eines Regimes, unter dessen Verantwortung gemordet, gefoltert und willkürlich verhaftet wird. Und sie machten sich zum Helfershelfer der rechtsextremistischen und faschistischen Gruppen in der Bundesrepublik. Denn was anderes als Ausländerfeindlichkeit ist es, wenn alle hier lebenden Kurdinnen und Kurden geradezu kriminalisiert werden? Was anderes als Ausländerfeindlichkeit der schlimmsten Sorte ist es, durch demonstrative Abschiebungen Stimmung zu machen? Und ist es nicht gerade rassistisch, die Kulturvereine einer nationalen Minderheit in der Bundesrepublik fast vollständig zu verbieten? ...

Natürlich können und müssen die fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik sich gegen die Politik der türkischen und bundesdeutschen Regierung wenden, ihr die richtige Politik entgegensetzen.

Die Forderungen sind einfach und klar: Keine Waffenhilfe an die Türkei, keine Finanzhilfe an die Türkei, Schluß mit Mord, Folter und Verhaftungen.

Aber noch ist nicht überall ausreichend Klarheit über die enge Verflechtung der türkischen und der deutschen Politik. Auch nicht in der Gewerkschaftsbewegung. Aber hier sind gute Ansätze zu beobachten. Und im übrigen: Wo anders als innerhalb der Arbeiterbewegung könnten denn diese Ansätze entstehen, um gemeinsam gegen diejenigen vorzugehen, die menschenverachtende Feldzüge führen oder sie unterstützen. Und gemeinsam heißt selbstverständlich: deutsche, kurdische und türkische Kolleginnen und Kollegen zusammen. Die Demonstration heute ist ein wichtiger Schritt. Weitere müssen und werden folgen.

Es lebe die internationale Solidarität! Es lebe das freie Kurdistan!

Dokumente vom 15. DGB-Kongreß

Beiträge, Beschlüsse zur Arbeitslosenpolitik des DGB und zum Kampf gegen Neofaschismus

Der 15. o. DGB-Kongreß Mitte Juni in Berlin hat zusätzlich zu der Wahl eines neuen DGB-Vorsitzenden eine Vielzahl von Resolutionen zur gewerkschaftlichen Politik beraten und verabschiedet. Wir dokumentieren im folgenden mit freundlicher Genehmigung der Verfasser Auszüge aus den Reden von Dr. Gerd-Erich Neumann, HBV-Mitglied und zugleich Landesvorsitzender des Arbeitslosenverbands Deutschland in Mecklenburg-Vorpommern, zur Arbeitslosenpolitik des DGB und von Bodo Ramelow, HBV-Landesvorsitzender von Thüringen, zu den Aufgaben der Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus, sowie zwei Beschlüsse, die der Kongreß zu diesen beiden gewerkschaftlichen Aufgabenfeldern verabschiedet hat. — (rül)

„Neue Ansätze zur Arbeitslosenvertretung erforderlich“

Dr. Gerd-Erich Neumann: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name wurde aufgerufen. Ich bin Gewerkschaftsmitglied seit dem 1. Mai 1951 und Delegierter der Gewerkschaft HBV, zu deren Organisationsbereich D der Arbeitslosenverband Deutschlands gehört. Dort war ich zeitweilig beschäftigt, und jetzt bin ich als Arbeitsloser Altersübergangsgeldempfänger, Vizepräsident des Verbandes und Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern.

Ich möchte Euch meine Gedanken zum Umgang der Gewerkschaften mit den Arbeitslosen — nicht nur im Osten — im Zusammenhang mit dem uns vorliegenden Geschäftsbericht darlegen. Der Geschäftsbericht, der ein durchaus genaues und meines Erachtens richtiges Bild von der Gewerkschaftspolitik seit dem 14. Kongreß zeichnet, sagt leider nichts darüber aus, daß mit der Errichtung des Verbindungsbüros des DGB in Ostberlin am 1. Mai 1990 auch die Arbeitslosen im Osten eine Antwort auf folgende Fragen erwarteten:

- Wo bin ich als arbeitsloses Mitglied organisiert?
- Wie kann ich gemeinsam mit anderen politisch organisiert aktiv werden, um nicht zum Spielball der Macht und des Sozialabbaus zu werden?
- Wie wehre ich mich persönlich und gemeinsam mit anderen von Arbeitslosigkeit Betroffenen gegen den fatalen Gewöhnungsprozeß an Arbeitslosigkeit und gegen Perspektivlosigkeit und Angst?

Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten hatten zum Teil Illusionen über die Möglichkeiten der Gewerkschaften, den Arbeitsplatzabbau und die Deindustrialisierung aufzuhalten.

Vor allem aber erwarteten sie Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung einer für sie ungewohnten Lebenssituation. Den meisten damals trotz Arbeitslosigkeit noch gewerkschaftlich organisierten gab der 14. Bundeskongreß

vom 20. bis 26.5.1990 in Hamburg mit den Anträgen 26 und 27 einen Lichtblick. Insbesondere in die für 1991 anvisierte Bundestagung gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit — wie es dort heißt — wurden große Hoffnungen gesetzt. Leider fand sie nicht statt.

Schauen wir uns die Erledigung auf Seite 32 im Geschäftsbericht an, dann wissen wir, daß die Koordinierungsstelle finanzielle Mittel erhielt, für die neuen Länder eine Informationsbrochure entwickelt wurde, die Betreuung von Arbeitslosen ein besonderer Arbeitsschwerpunkt war, neue Projekte initiiert wurden und die Gewerkschaften mit Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Einrichtungen und Arbeitsloseninitiativen kooperierten. Das gilt aber nicht für den Arbeitslosenverband, Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der sich nach einer Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung rasch zu einem wichtigen organisierenden und koordinierenden Zentrum für die Bildung von Arbeitslosentreffen und -zentren in Berlin-Ost entwickelte. Wir betreuten z.B. in Mecklenburg-Vorpommern mit unseren 1400 Mitgliedern im vergangenen Monat 22000 Menschen, der Schnitt liegt bei 15000.

In der 7. Vorstandssitzung des Fördervereins gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit am 14.9.1990 heißt es im Protokoll, daß die vom ALV angestrebte Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften von unserer Seite zu un-

terstützen notwendig erscheint.

Am 11.7.1991 schätzte die Abteilung Grundsatz und politische Planung des DGB-Bundesvorstandes ein, daß der Arbeitslosenverband eine Konkurrenzorganisation der DGB-Gewerkschaften sei, weil er nicht den Charakter einer auf lokale und regionale Wirkungsfelder eingegrenzten Initiative Arbeitsloser, sondern eine vorerst auf Ostdeutschland beschränkte Keimzelle einer bundesweiten Arbeitslosengewerkschaft ist. Ich weiß z.B. nicht, wie ich mit mir selbst in Konkurrenz treten kann.

Im gleichen Jahr gab es aber bereits Kooperationsvereinbarungen mit Gewerkschaften, die im Osten Landesbezirke aufgebaut haben — etwa der Gewerkschaft HBV, der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, der IG Medien — und eine örtliche Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften. Meine Erfahrung in Mecklenburg-Vorpommern besagt, daß die Zusammenarbeit des Arbeitslosenverbandes mit dem DGB-Landesbezirksvorstand und seinem Vorsitzenden und den Kreisverbänden durchaus gute Ergebnisse zeigen kann.

Daß sich die Gewerkschaften seit Jahren schwer damit tun, Interessenvertreter der Erwerbslosen zu sein, beschreiben die Kollegen ... wiederholt. Daß Erwerbslose eine starke Interessenvertretung und eine Lobby benötigen, ist schon vor der deutschen Einheit hinreichend begründet worden. Wenn das

Dokumentiert: Beschlüsse zur Arbeitslosenpolitik und zu Rechtsextremismus und Neofaschismus



Im folgenden zwei Beschlüsse, die vom DGB-Kongreß nach den oben dokumentierten Beiträgen entgegen dem ursprünglichen Votum der Antragskommission ausdrücklich als selbständige Beschlüsse angenommen wurden.

Arbeitslosenarbeit im DGB

Der 15. ordentliche DGB-Bundeskongreß möge beschließen:

1. Gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit ist Bestandteil der gewerkschaftlichen Interessenvertretung auf Bundesebene, in den Ländern, aber vor allem an der Basis.

Im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Arbeitslosenarbeit stehen vier Aktionsbereiche:

- Konzepte zur Neuverteilung von Arbeit,
- Beschäftigungspolitik zur Bekämpfung der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit,
- Öffentlichkeitsarbeit gegen die Fortführung des Sozialabbaus und die Diskriminierung der Erwerbslosen und Armen,
- Unterstützung und Kooperation mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Arbeitslosenorganisationen und Selbsthilfeeinitiativen im Interesse einer koordinierenden Interessenvertretung der Erwerbslosen in der Bundesrepublik.

(Die weiteren Passagen dieses Antrags Nr. 84, Antragsteller: GEW, wurden als Material an den Vorstand gebilligt.)

Wider die rechtsextremistische Gefahr!

Der 15. ordentliche DGB-Bundeskongreß möge beschließen:

Quantitativ und qualitativ hat der Rechtsextremismus eine für die bundesrepublikanische Nachkriegsgeschichte neue Dimension erreicht. Gewalt ist zu einem prägenden Element geworden. Vor allem Ausländer sind Opfer — Gesundheit und Leben sind vielfach akut gefährdet.

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden wirtschaftlichen Krise, massenhafter Arbeitslosigkeit, tiefer Einschnitte in den Sozialstaat sowie verbreiteter Berufs- und Lebensangst muß eine weitere Zunahme rechtsextremistischer Tendenzen befürchtet werden. Politik und Gesellschaft sind dieser Entwicklung bisher nicht hinreichend gerecht geworden. Zu lange wurden Gefahren totgeschwiegen oder verharmlost, zu sehr auf den Erfolg kurzfristiger Aktionen und Appelle vertraut.

Die Gefahr einer dauerhaften Etablierung rechtsextremistischer Parteien in den bundesdeutschen Parlamenten wächst.

Der 15. Ordentliche DGB-Bundeskongreß fordert:

- Für demokratische Parteien dürfen rechtsextremistische Organisationen weder Koalitions- noch Bündnispartner bei der Schaffung oder Sicherung politischer oder personeller Mehrheiten sein. Eine Zusammenarbeit mit diesen Organisationen darf es weder punktuell noch grundsätzlich geben;
- der öffentlich-rechtliche Rundfunk darf nicht zur Ausstrahlung rechtsextremistischer Wahlwerbung gezwungen werden;
- das in der Vergangenheit dem Prinzip chancengleichen Zugangs von Parteien zu den (öffentlich-rechtlichen) Medien verpflichtete Bundesverfassungsgericht wird aufgefordert, in Würdigung gestiegener rechtsextremistischer Gefahren seine Rechtsprechung zu überdenken und zu verändern;
- die Bundesländer sind aufgefordert, alle im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bestehenden Möglichkeiten zur Novellierung des Rundfunkstaatsvertrages zu nutzen,
- sofern eine gemeinsame Position aller Bundesländer ... kurzfristig nicht realisierbar ist, bedarf es der umgehenden Novellierung jener Landesrundfunkgesetze, die bisher

Landesrundfunkanstalten zur Ausstrahlung auch rechtsextremistischer Wahlwerbung verpflichten.

Aktive Beschäftigungs- und Sozialpolitik sind unverzichtbare Begleiterscheinungen einer erfolgreichen Bekämpfung rechtsextremistischer Gefahr. (...)

Rechtspolitische Maßnahmen reichen nicht — aber sie sind unverzichtbar! (...)

Der 15. Ordentliche DGB-Bundeskongreß fordert:

- gezielte Beobachtung rechtsextremistischer Parteien und Organisationen durch den Verfassungsschutz in allen Bundesländern;
- Verbot von (rechtsextremistischen) Parteien und Organisationen, die Gewalt als Mittel der Politik einsetzen oder akzeptieren;
- Einleitung von Strafverfahren gegen Organisationen (und ihre Mitglieder), die in Wort, Schrift und Bild ausländerfeindliche Positionen vertreten ...
- keine Reduzierung rechtspolitischer Aktivitäten auf Klein- und Kleinstgruppen ohne politische Bedeutung und gesellschaftlicher Akzeptanz. Ausländerfeindlichkeit ist beherrschendes Ideologiemoment gerade der großen rechtsextremistischen Parteien NPD, DVU und „Republikaner“ ...

(Antrag 34, Antragsteller: DGB NRW)

Gewerkschaften nicht sein wollen oder können — ob nur aus politischen Gründen oder aus Gründen der Kosten-Nutzen-Rechnungen, ist dabei ohne Belang —, dann wird politisches Kapital verschwenkt. Den Druck für die Schaffung dieser Lobby gibt es bei den Erwerbslosen bereits, und das Beispiel des Ostens — ob man den Arbeitslosenverband nun liebt oder haßt — tut ein übriges.

Wenn die DGB-Reformdebatte daran vorbeigeht, daß gewerkschaftliche Interessen der Erwerbslosen zu einem gleichwertigen Feld gewerkschaftlicher Arbeit gestaltet werden müssen, wird außer acht gelassen, daß eine neue Qualität der Arbeitslosigkeit neue Ansätze für die Arbeitslosenvertretung erforderlich macht. Dies neue Qualität ist dadurch charakterisiert, daß der konservative Lösungsversuch Arbeitslose in ihrem Lebensraum immer mehr einschränkt und Massenarmut schafft, daß erst im Osten und nun auch im Westen ein intellektuelles, gut ausgebildetes Potential sich aus seiner eigenen Betroffenheit den Problemen der Erwerbslosen widmet und daß Langzeit-Massenarbeitslosigkeit auf hohem Sockel entsteht.

Die Lösungsansätze für das Problem finden sich meines Erachtens in den Anträgen 83 und 84 zu unserem Bundeskongreß, die uns allen vorliegen. Es ist unverständlich, weshalb die Antragsberatungskommission vorschlägt, diese Anträge nicht anzunehmen, sondern sie als Material an den Bundesvorstand zu geben.

Auf diesem Gebiet ist Handeln gefragt ... Wenn sich weiterhin die einen kaputtarbeiten und die anderen kaputtgehen, weil sie ohne Arbeit sind, müßte ernsthaft darüber nachgedacht werden — und darum möchte ich Euch alle herzlich bitten —, daß der Lebensstandort Deutschland nur erhalten werden kann, wenn die Forderung nach grundsätzlicher Umverteilung der Arbeit, nach radikaler Arbeitszeitverkürzung und nach einer bedarfsgerechten sozialen Grund- oder Mindestsicherung als einheitliche gewerkschaftspolitische Kampfaufgabe gestellt wird.

Dieser Auffassung sind nicht nur die Antragsteller Landesbezirk Hessen und die GEW, sondern auch das letzte Treffen der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen in Lage-Hörst in 1993, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut und die Koordination der Arbeitsloseninitiativen Baden-Württemberg — von denen weiß ich es zumindest.

Ich glaube, es wäre richtig, diese Anträge hier auf dem Kongreß zu beschließen, und ich verstehe die deutlichen Worte der Kollegin Engelen-Kefer — besonders ihre vier letzten Sätze — als Ermütigung, sich neben der Arbeitslosigkeit auch mehr den Arbeitslosen zu widmen und dafür möchte ich dir herzlich danken.

„... ob wir nicht unsere Gewerkschaftshäuser öffnen“

Bodo Ramelow: Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mit den Worten von Nietzsche anfangen: „Die Wüste wächst — weh dem, der Wüsten in sich trägt.“ Wir haben gestern Abend über den Antrag 33 debattiert ... Ich denke, in diesem Kreis brauche ich mir nicht unbedingt die Sorge zu machen, daß die Wüste in uns wächst, was das Thema „Anfälligkeit zu Rechtsextremismus oder Neofaschismus“ angeht. Aber ich habe die Sorge, daß wir, wenn wir anfangen, mit Worten zu verharmlosen oder Dingen, die uns eigentlich Angst machen sollten, die Spitze zu nehmen, um ja niemandem auf den Fuß zu treten, dabei in Gefahr geraten, das Profil zu verlieren. ... Die IG Medien hatte eine Veranstaltung in Hamburg durchge-

führt, die unter dem Titel stand: „Wenn aus Worten Brandsätze werden!“ Es ist hochinteressant, das Protokoll dieser Veranstaltung zu lesen; da sind mir Dinge deutlich geworden, die ich selber so auch noch nie gesehen habe, wie man aufpassen muß, wie Worte anfangen, Inhalte zu verändern.

Das Wortspiel „Denunziant — Spekulant — Asylant“ ist ja nicht ganz unbeabsichtigt, und mir ist deutlich geworden, daß wir, wenn wir mit der Sprache nicht aufpassen, Gefahr laufen, so schnell Widerstand dort aufzugeben, wo es vielleicht notwendig wäre, Widerstand zu organisieren.

In dem Antrag 33 gibt es eine Überschrift, die da lautet „Ängste ernstnehmen“. Ich habe mir da hingeschrieben: „Bedrohung ernstnehmen“. Ich habe mir aufgeschrieben: In den zurückliegenden drei Jahren hat es 17000 Anschläge von Rechtsextremen in Deutschland gegeben und 75 politische Morde, die dieser Klientel zuzuordnen ist. Dies ist keine Erklärung, die man nur auf die Frage Ost-West schieben kann; ganz im Gegenteil, all diese Erscheinungen hat es auch vor der Grenzöffnung in Westdeutschland gegeben, und in den sechziger Jahren gab es ja schon einmal in Westdeutschland in einer Krisensituation starken Zulauf zur NPD und anderen, nicht nur rückwärtsgewandten, sondern faschistoiden und faschistischen Kräften.

Deswegen stört mich der Satz — obwohl ich dem Antrag zugestimmt habe — „Mit der Unfähigkeit, eine immer komplizierter werdende Welt zu erklären, wächst die Neigung, den einfachen Antworten populistischer Meinungsmacher zu folgen, bei denen Fremdenfeindlichkeit zum Repertoire der Stimmungsmache gehört.“

Also wenn es so einfach wäre, daß, je komplizierter die Welt wird, die Populisten um so mehr Zugang und Aufmerksamkeit bekommen, dann würde das die sechziger Jahre nicht erklären, das würde den Faschismus der zwanziger Jahre nicht erklären, das würde auch dem ganzen Thema Faschismus nicht gerecht.

In einem weiteren Absatz heißt es — ich verkürze das einmal —: Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien fürchten, Opfer von Gewalt zu werden. Das habe ich mir unterstrichen und daneben geschrieben: sind Opfer von Gewalt. Das sind Zitate aus dem Antrag 33; der meines Erachtens versucht, dem Thema die Spitze zu nehmen. Ich denke, so geht es nicht bei dem Thema ...

... In der Kirche wird diskutiert, ob das Kirchenasyl nicht eine ganz persönliche Haltung — nicht im rechtlichen, juristischen Sinne —, jedes dort in der Kirche Tätigen ist. Die Frage für mich hier in diesem Saal ... ist, ob wir dann nicht deutlich fragen und uns selber fragen, ob wir nicht auch Asyl gewähren, ob wir nicht unsere Gewerkschaftshäuser öffnen, aber nicht nur die Gewerkschaftshäuser, sondern ob nicht jeder einzelne von uns — ganz persönlich, höchstpersönlich — jedem ausländerfeindlichen Witz entgegentritt, jedem gewalttätigen Übergriff entgegentritt, so daß wir jeden Tag etwas tun ...

... ich meine, der Antrag 34 beschreibt sehr konkret ... was wir wollen, was wir tun, wohin wir gehen wollen. Da steht etwas drin zum Mediengesetz, da steht etwas drin zur ausländerfeindlichen Hetze im Fernsehen, zu Werbespots und ähnlichen. Da ist eine Haltung beschrieben, die mir in dem Antrag an der Stelle an Deutlichkeit fehlt. Mir gefällt der Antrag 34 nicht nur als Material gut, sondern ich bitte den Kongreß, gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu stimmen und den Text im Originaltext anzunehmen, damit er Leitschnur für uns wird

Irmgard Möller weiter in Haft

Gericht entschied, sich nicht zu entscheiden

Fast drei Stunden stand Irmgard Möller der Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Lübeck in einer „Anhörung zur Aussetzung der Reststrafe“ am 22.6.1994 Rede und Antwort. Sie wurde dennoch nicht freigelassen. Es fehlt ein psychiatrisches Gutachten, das der beauftragte Gutachter anfangs anhand der Aktenlage zu erstellen bereit war, dann aber meinte, doch auf eine „psychiatrische Exploration“ der Gefangenen selbst nicht verzichten zu können.

Irmgard Möller sitzt am 8. Juli seit unfassbaren zweiundzwanzig Jahren unter permanenten Sonderhaftbedingungen im Knast. Sie weigert sich — wie alle übrigen Gefangenen aus der RAF auch —, eine „psychiatrische Exploration“ an sich vollziehen zu lassen. Als sie 1992 einen „Antrag auf Aussetzung der Reststrafe“ gestellt hat, gab es noch nicht die Bundesgerichtshofentscheidung vom 7. April 1993, wonach ein psychiatrisches Gutachten in einem derartigen Verfahren auf jeden Fall erstellt werden muß. Es hätte bis dahin irgendein Gutachter/Wissenschaftler sein können.

Bei einer Pressekonferenz am 23.6. in Hamburg erklärte die Rechtsanwältin von Irmgard, Anke Brenneke-Eggers, daß das Gericht bezüglich der sogenannten Sozialprognose in allen Punkten eine mögliche Freilassung bejaht hat, daß die Gefangene sich aber auch weiterhin weigern werde, die „psychiatrische Exploration“ an sich vornehmen zu lassen, weil dadurch versucht wird, alle diejenigen, „die fundamentalen Widerstand leisten, für verrückt zu erklären“. Darüber hinaus ist eine „Exploration“ für den Staatsschutz ein Mittel, um die Wirkung der Haftbedingungen zu erforschen.

Die Gefangene sei von seiten des Gerichtes „mit Respekt behandelt“ worden — was keineswegs normal sei. Der psychiatrische Gutachter ist vom Gericht nochmals aufgefordert worden, ein Gutachten anhand der umfangreichen Unterlagen, die sich im Laufe von zweiundzwanzig Jahren und lückenloser Überwachung angesammelt haben, anzufertigen. Darüber hinaus soll er Personen, die in den letzten zehn Jahren zu Irmgard Kontakt gehabt haben, befragen. Er habe, so Anke Brenneke-Eggers, jedoch bereits angedeutet, daß seines Erachtens bei einem solchen Vorgehen ein „sicheres Beweisergebnis nicht möglich“ sei. Das Gericht erwäge, weitere Gutachten, z.B. von Sozialwissenschaftlern, hinzu zu ziehen. Da auf ein psychiatrisches Gutachten aber nicht verzichtet werden kann, wird es immer wieder an der „Sachverständigenfrage“ scheitern. Letztendlich, so Anke Brenneke-Eggers, ist das „eine Ablehnung auf Raten ... Die Freilassung von Irmgard Möller ist blockiert, scheinbar an der Verfahrensfrage der Gutachtererstattung. Genau dies ist beabsichtigt. Der Beschluß des Bundesgerichtshofs, psychiatrische Gutachten zur Voraussetzung für eine Entlassung nach § 57a StGB zu machen, soll die politische Entscheidung über eine Freilassung als Verfahrensfrage erscheinen lassen.“

Norman Paech, Hamburger Hochschullehrer, der seit viereinhalb Jahren mit einer Gruppe Besuche im Lübecker Knast macht, bekräftigte bei der Pres-

sekonferenz die Haltung der Gefangenen: „Diese Gefangenen sind keine psychiatrischen Fälle.“ Die Besuchergruppe habe mehrfach vorgeschlagen, z.B. einen Kriminologen als Gutachter zu akzeptieren, das sei jedoch immer abgelehnt worden. „Das Verfahren dreht sich im Zirkel“ und: „Das Ganze ist eine katastrophale Entscheidungslage!“

Gabriele Rollnik, die als politische Gefangene selbst fünfzehn Jahre, davon drei mit Irmgard in Lübeck, im Knast gewesen ist, betonte bei der Pressekonferenz nochmals, daß es sich bei der Frage nach Freilassung um eine rein politische Entscheidung handelt, die durch die Verfahrensfrage „verhüllt“ werde. Es ginge darum, daß endlich der Sonderhaftstatus anerkannt wird. In Haft sei eine gesundheitliche Rekonstruktion der Gefangenen nicht möglich. Das gelte keineswegs nur für Irmgard, bei der sowohl der Gefängnisarzt als auch ein Arzt ihrer Wahl schwerwiegende gesundheitliche Schäden feststellte. Au-

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

Seit dem Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand 1989 berichtet das „Angehörigen-Info“ auf acht Seiten vierzehntägig aktuell und authentisch über die Situation und die Haftbedingungen von politischen Gefangenen. Herausgegeben von ihren Angehörigen, dokumentiert es Briefe und Erklärungen der Gefangenen, deren politische Aussagen allzuoft in der Presse verfälscht wiedergegeben werden, um damit Haftverschärfungen zu legitimieren. Informationen über Solidaritätsveranstaltungen, -aktionen und Diskussionsbeiträge auch zu aktuellen Themen „draußen“ sind darin ebenso enthalten wie Berichte über den Kampf um Gefangenenerrechte — in der BRD wie international. Bezug: Ein Halbjahresabo (= 13 Ausgaben) kostet 28,60 DM, Förderabo 39 DM. Bestellungen an: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg.

ßer Eva Haule, die „erst“ seit acht Jahren inhaftiert ist, und Birgit Hogefeld sitzen alle übrigen Gefangenen aus der RAF inzwischen seit über fünfzehn bzw. achtzehn Jahren im Knast und haben alle mit gesundheitlichen Folgeschäden der (Sonder-)Haftbedingungen zu kämpfen.

Irmgard nimmt seit ca. zehn Jahren Kreislaufmedikamente, leidet unter einer Schilddrüsenerkrankung, einem schweren Gesichtsexzem, das besonders die Augen betrifft, und unter einer Störung des Immunsystems aufgrund des jahrelangen Stresses. Sie leidet oft unter Infektionen und Fieber und an einer Störung des Fettstoffwechsels.

Mit Irmgard sollen Maßstäbe gesetzt werden, die für alle übrigen Gefangenen aus der RAF von Bedeutung sind. Vor Augen muß mensch sich dabei führen, daß Irmgard „nur“ einmal lebenslänglich plus fünfzehn Jahre hat — während Christian Klar z.B. inzwischen siebenmal zu lebenslänglich verurteilt wurde. — (A.F., aus: *Angehörigen-Info*)

DEP-Verbot in der Türkei

**Vorabdruck aus:
Kurdistan-Report**

Am 16. Juni 1994 bestätigte die Große Nationalversammlung der Türkei den Beschluß des Verfassungsgerichts zum Verbot der DEP.

Wir halten es für überflüssig, zu definieren, warum das türkische Parlament, das nichts als ein verlängerter Arm des schmutzigen Krieges in Kurdistan ist, mit diesem Beschluß die Grundprinzipien eines mit demokratischem Parlamentarismus regierten Landes total verletzt. Daß das türkische Parlament den Beschluß zum Verbot der DEP ungeachtet aller Proteste internationaler Institutionen wie des Europaparlaments, der KSZE etc. gefaßt hat, macht die Sache noch schlimmer. Das Verbot der DEP muß in der Tat als eine Fortsetzung der historischen und aktuellen Kurdistanpolitik des türkischen Staates und seiner blutigen Praktiken begriffen werden.

Die türkische Verfassung definiert alle in der Türkei lebenden Menschen zu Türken und Türkinnen. Mit den Artikeln 2 und 3 dieser Verfassung, in denen es heißt: „Die Sprache der Türkei ist Türkisch“, wird die kurdische Sprache verboten. Artikel 66 schreibt vor: „Jede/r, der türkische Staatsangehörigkeit besitzt, ist Türke/Türkin“ und negiert damit die kurdische nationale Identität.

Im Artikel 2 und 3 heißt es: „Die Türkische Republik mit ihrem Land und ihrem Volk ist eine unteilbare Einheit“, jede Art nationaler Forderungen des kurdischen Volkes werden verboten. Artikel 81 schreibt vor: „Es darf nicht behauptet werden, daß es in dem Land der Türkischen Republik Minderheiten gebe, deren Unterschied sich auf nationale, religiöse, kulturelle, konfessionelle oder ethnische Unterschiede stützt“, womit die Existenz einer jeden in der Türkei lebenden Minderheit und eines jeden in der Türkei lebenden Volkes außer des türkischen geleugnet wird. Mit dem von den großen Staaten Europas zugestimmten Lausanner Vertrag von 1923 werden nur die Christen als kulturelle Minderheit anerkannt.

Daher war es natürlich sehr leicht, die DEP unter Berufung auf die türkische Verfassung zu verbieten. Obwohl sich immer gezeigt hat, daß die türkische Verfassung rassistisch ist, konnte unter dem Vorwurf des „Separatismus“ und der „rassistische Diskriminierung“ eine Partei verboten werden, ohne daß dies Proteste ausgelöst hätte.

Die DEP wurde beschuldigt, sie sei eine „separatistische“ Partei und eine „Nebenorganisation der PKK“. Die DEP war eine verfassungsmäßig legale Organisation. Ihr Programm und ihre gesamten Aktivitäten waren auf ein Zusammenleben der beiden Mehrheitsvölker der Türk/inn/en und Kurd/inn/en in einem Klima der Garantie demokratischer und nationaler Rechte ausgerichtet. Die DEP war auch keine Nebenorganisation der PKK. Die Mitglieder der DEP stammten aus allen Schichten der Gesellschaft, waren kurdische und türkische Intellektuelle, Jurist/inn/en, Lehrer/inn/en, Geistliche, Arbeiter/innen, Geschäftsleute etc. Ein bedeutender Teil der Mitglieder waren auch Türken und Türkinnen, wengleich die massive rassistische und repressive Politik des türkischen Staates eine größere Beteiligung von Türken und Türkinnen verhinderte.

Die DEP wandte sich gegen den ungerechten Krieg in Kurdistan, gegen die Bombardierung von Dörfern und gewaltsame Entvölkerung in Kurdistan, gegen die Konterguerillamorde und die Einstellung des Staates, der auch das kleinste Körnchen Demokratie für die kurdischen Menschen schon als zu viel zu betrachtet. All das ist die Politik des türkischen Staates. Die DEP setzte sich für die Möglichkeit des freien Ausdrucks der kurdischen Identität, kulturelle und nationale Rechte auf einer demokratischen Basis und das Schweigen der Waffen ein. Die DEP war ein Kanal und eine Möglichkeit für die schutzlosen kurdischen Menschen, ihre Stimme auf demokratischer Ebene zu erheben.

Der Staat dagegen stützte sich immer

nur auf Gewalt und versperrte beharrlich alle demokratischen Kanäle. Der nur Gewalt- und Verleugnungspolitik kennende türkische Staat greift jede Institution und Organisation, die die Forderungen des kurdischen Volkes zum Ausdruck bringt, mit äußerster Härte an. Er erließ Repressionsgesetze wie das Ausnahmezustandsgesetz (1987), das Zensur- und Deportationsgesetz (1990), das Anti-Terror-Gesetz (1991), durch die sämtliche demokratischen Kanäle verschlossen wurden, ermordete Journalisten, ließ keinen einzigen Verein und keine einzige demokratische Demonstration zu, griff mit Waffen an. Er ließ die Menschenrechtsvereine nicht arbeiten. Ein Konterguerillamord, eine Massenverhaftung, ein Fall von Folter und Vertreibung jagt den anderen.

Die türkischen Medien und das Parlament führten auf Befehl des Generalstabs eine massive Diffamierungskampagne gegen die DEP durch. Die DEP wurde also verboten als eine Maßnahme im Rahmen der türkischen Staatspolitik, die darauf abzielt, die kurdische Frage mit Gewalt zu lösen und alle demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes in Blut zu erstickern. Der Befehl, die DEP zu verbieten, kam von der Armee. Das türkische Parlament, das sich diesen Befehlen beugt, macht sich mitschuldig und macht deutlich, wie weit es davon entfernt ist, ein Parlament eines zivilisierten Landes zu sein und welch antidemokratisches und chauvinistisches Organ es ist.

Auch die türkische Presse spielte beim Verbot der DEP eine große Rolle, denn sie machte die DEP entsprechend Befehlen des Generalstabs, sein Gift in der Gesellschaft zu versprühen und haltlose Komplott-Theorien über die Partei zu verbreiten, in der Öffentlichkeit zur Zielscheibe.

Ebenso haben die Regierungen der europäischen Länder, allen voran Bonn, und vor allem auch Institutionen wie das Europäische Parlament eine

große Mitschuld im Zusammenhang mit dem DEP-Verbot. Sie haben zwar ihren Protest zum Ausdruck gebracht, doch dies immer als eine „innere Angelegenheit der Türkei“ betrachtet, und ihre Proteste waren so schwach, daß es das türkische Regime nicht einmal spürte. Da die türkische Regierung und das türkische Parlament eine Reihe von Verpflichtungen gegenüber Gremien, Institutionen und Gesetzen auf europäischer und weltweiter Ebene hat, wäre es durchaus möglich, die entsprechenden bestehenden Mechanismen gegen die türkische Regierung einzusetzen.

Die Aufmerksamkeit darf sich nicht nur auf das Verbot der DEP beschränken, denn das wäre falsch und würde bedeuten, das neue Unglück, das dem kurdischen Volk bevorsteht, zu übersehen. Der türkische Staat geht gegen das kurdische Volk auf so blutige und unterdrückerische Weise vor, wie es die Welt kaum erlebt hat. Der sprunghafte Anstieg der Dorfzerstörungen, der Massenerschießungen, der tagtäglich größer werdenden Massen der Flüchtlinge im eigenen Land, daß die Leichen der Ermordeten nicht mal mehr begraben, sondern einfach auf Felder oder in Brunnen geworfen werden, und daß die Presse zu all dem schweigt und alle Möglichkeiten, demokratische Forderungen zu erheben und sich zu verteidigen, vollkommen beseitigt sind, all das sind Anzeichen dafür, daß der Staat neue Massaker plant.

Bei unseren Protesten gegen das Verbot der DEP müssen wir die aufgezählten blutigen Methoden berücksichtigen, denn nun gibt es so gut wie keinen legalen Kanal mehr, über den das kurdische Volk seine Stimme in der Welt erheben könnte. Diese Situation hat der türkische Staat bewußt geschaffen, weil das Schweigen ihm seine künftigen Verbrechen erleichtert.

(Der Artikel erscheint in der nächsten Ausgabe des „Kurdistan-Report“. Wir danken der Redaktion des „Kurdistan-Reports“ für die Möglichkeit zu diesem Vorabdruck.)

Geschichte der DEP

* Die kurdischen Abgeordneten der SHP, die 1990 als Gäste zur kurdischen Konferenz nach Paris gefahren sind, wurden auf Befehl des Generalstabs aus der SHP ausgeschlossen.

* Diese Abgeordneten gründeten die HEP (Partei der Arbeit des Volkes). In der Zeit, als die HEP gegründet wurde, war gerade eine Phase, in der die nationalen Forderungen des kurdischen Volkes auf einer demokratischen Ebene zum Ausdruck kamen und mit demokratischen Mitteln propagiert wurden. Eigentlich bedeutete die Gründung der HEP eine Chance, die, wenn die Verantwortlichen des türkischen Staates diese Gelegenheit aufgegriffen und entsprechend gehandelt hätten, eine Lösung der kurdischen Frage im Rahmen des Parlaments mit demokratischen Methoden erlaubt hätte.

* Die HEP vertrat die Notwendigkeit, dem kurdischen Volk seine nationalen Rechte zu gewähren, setzte sich für Demokratie ein und stellte sich gegen den ungerechten Krieg in Kurdistan.

* Die HEP hatte großen Erfolg bei den

landesweiten Wahlen 1991, obwohl sie sich noch nicht ganz richtig hatte organisieren können. Sie brachte 22 Abgeordnete ins türkische Parlament.

* Der Staat, das Parlament, die Armee und die Konterguerillakräfte begannen eine massive Einschüchterungskampagne gegen die HEP. Die HEP-Abgeordneten wurden im Parlament tätlich angegriffen. Die Presse schürte die Angriffe und Komplote. Es begann eine Mordserie an Funktionären und Mitgliedern der HEP. Ihre Parteibüros wurden umzingelt, Massenverhaftungen durchgeführt und die Festgenommenen gefoltert.

* Das Verfassungsgericht leitete unter dem Vorwand, die HEP stehe mit der PKK in Verbindung und sei separatistisch, ein Verbotverfahren gegen die HEP ein. Die HEP-Leute gründeten die ÖZDEP (Freiheits- und Demokratie Partei) als Vorkehrmaßnahme gegen ein absehbares Verbot.

* Als die HEP 1993 verboten wurde, wurde mit dem gleichen Programm die DEP (Demokratie Partei) gegründet. Nach wenigen Monaten wurde der Vorsitzende der DEP, Yasar Kaya, am 16. September 1993 festgenommen und bis zum 8. Dezember 1993 ins Gefängnis gesperrt.

Inzwischen ist eines der drei gegen Kaya anhängigen Verfahren abgeschlossen. Er wurde in diesem Prozeß zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verur-

teilt.

* Um die DEP an ihrer Beteiligung an den Kommunalwahlen am 28. März 1994 zu hindern, waren sie und ihre Aktivisten und Mitglieder ständigen Angriffen ausgesetzt.

* Am 26. September 1993 wurde die Kreisstadt Hakkari, in der Sükrü Calli von der DEP Bürgermeister war, von den Staatskräften bombardiert und zerstört. Am 30. Oktober 1993 wurde das Haus von Sükrü Calli bombardiert, am 13. November 1993 wurde das Haus Sükrü Callis erneut und das Bürgermeistergebäude durch Bombenanschläge zerstört.

* Vom 17. bis 19. August 1993 wurde die Kreisstadt Yüsekova, in der Necdet Buldan von der DEP Bürgermeister war, von den Staatskräften bombardiert und in ein Schlachtfeld verwandelt. Über die Hälfte der 40000 Einwohner und Einwohnerinnen flohen aus der Stadt. Am 28. September 1993 wurde die Stadt ein weiteres Mal unter Beschuß gehalten. Am 25. Oktober 1993 wurde das Bürgermeistergebäude durch eine Bombe mit hoher Sprengkraft vollkommen zerstört.

* Am 2. Oktober 1993 wurde die Kreisstadt Cukurca, in der Numan Demir von der DEP Bürgermeister war, von den Staatskräften beschossen.

* Am 13. Oktober 1993 wurde Abdullah Kaya, der DEP angehöriger Bürgermeister der Kreisstadt Kozluk, fest-

genommen. Gegen 13 Bürgermeister, die der DEP angehörten, wurden Ermittlungsverfahren wegen „Separatismus“ eingeleitet.

* Am 6. Januar 1994 wurde Fadil Erde, der DEP angehöriger Bürgermeister der Kreisstadt Silvan, festgenommen.

* Am 18. Januar 1994 wurde M. Mahsum Agaoglu, DEP-Bürgermeister von Senyurt in Kiziltepe, festgenommen.

* Am 10. Februar 1994 wurden auf Befehl des Innenministeriums die gewählten DEP-Bürgermeister der Kreisstädte Kozluk, Abdullah Kaya, und Kurtalan, Cemil Akgün, des Amtes enthoben.

* Am 22./23.10.1993 wurde die DEP-regierte Kreisstadt Lice von den Staatskräften bombardiert und weitgehend zerstört, viele Menschen kamen ums Leben. Am 10.1.1994 wurde das Bürgermeistergebäude von den Staatskräften beschossen.

* Am 20.1.1994 wurde auf das Parteibüro der DEP im Stadtteil Yenimahalle in Ankara ein Bombenanschlag verübt.

* Am 29.1.1994 wurde auf das DEP-Parteibüro im Stadtteil Mamak in Ankara ein Bombenanschlag verübt.

* Am 1.2.1994 wurde auf das Parteibüro der DEP in Derik ein Bombenanschlag verübt.

* Am 4.2.1994 wurde auf das DEP-Parteibüro in der Kreisstadt Digor in Kars ein Bombenanschlag verübt.

* Am 6. Februar 1994 wurde der DEP-

Von der Konterguerilla ermordete HEP- und DEP-Funktionäre und -Mitglieder

Remzi Il (am 11. 7. 1991 in Diyarbakir),
Vedat Aydin (5. 7. 1992 in Diyarbakir),
Harbi Arman (20. 1. 1992 in Diyarbakir verschleppt und später erschossen),
Abdurrahman Sögüt (26. 3. 1992, Kreissekretär Mardin-Nusaybin),
Ismail Irmak (2. 5. 1992, Kreisvorstandsmitglied Nusaybin),
Siddik Tan (21. 6. 1992, Kreisvorstandsmitglied Batman, Funktionär IHD),
Ekrem Görnüş (24. 8. 1992, Batman),
Musa Anter (20. 9. 1992, Diyarbakir, HEP-Gründungsmitglied, Schriftsteller),
Hüseyin Deniz (9. 8. 1992, Kreissekretär Ceylanpinar, Schriftsteller, Journalist),
Abdulsamet Sakik (3. 11. 1992, Bezirksvorstand Antep),
Nedim Balyaci (1992, Kreissekretär Hazro),
Ismail Hakki Kocakaya (23. 11. 1992),
Tahir Seyhan (7. 11. 1992, Kreisvorstandsmitglied Dargecit),
Mehmet Sait Erten (3. 11. 1992, Mazidag),
Abdulkadir Kisin (3. 11. 1992, Diyarbakir),
Selim Bingöl (1992),
Mehdi Demir (1992),
Sahin Alpan (1992),
Adil Yazici (1992),
Nezih Dogan (1992),
Mehmet Emin Narin (27. 2. 1992, Nusaybin),
Dr. Idris Celik (1. 12. 1992, Bezirksvorstandsmitglied Antalya),
Yusuf Solmaz (5. 12. 1992),
Mizbah Dogru (1992, Kreisvorstandsmitglied Silvan),
Abdulsamet Cetin (1992, Silvan),
Nihat Mazhar (1992, Kurtalan),
Felemez Günes (1992, Silvan),
Sükrü Firat (11. 6. 1993, Urfa),
Mehmet Yasar (1. 7. 1993, Batman),
Mehmet Yesil (19. 8. 1993, Batman),
Musa Ak (23. 8. 1993, Diyarbakir),
Habib Kilic (2. 9. 1993, Batman, Bezirksvorstandsmitglied),
Metin Özdemir (4. 9. 1993, Batman, Kreisvorstand),
Mehmet Sincar (4. 9. 1993, Batman, Parlamentsabgeordneter für die DEP),
Abbas Demiroglu (18. 9. 1993, Diyarbakir),
Eyyüp Gökoglu (4. 9. 1993, Urfa),
Sevket Epözdemir (25. 11. 1993, Tatvan),
Faik Kizilay (1. 2. 1994, Iğdir),
Ömer Akpolat (16. 2. 1994, Urfa, Kreisvorstandsmitglied),
Mehmet Sen (26. 3. 1994, Nizip),
Fazli Alay (1. 4. 1994, Diyarbakir),
Medeni Göktepe (9. 4. 1994, Batman, DEP-Parlamentsersatzmitglied).

Generalsekretär Murat Bozlak im Stadtteil Keciören in Ankara 80 Meter von einer Polizeistation entfernt in seinem Haus durch einen bewaffneten Angriff schwer verletzt.

* Die Angehörigen der Kandidaten der DEP für die Kommunalwahlen wurden festgenommen. Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die sich am Wahlkampf für die DEP beteiligten, wurden entlassen. Menschen, die für die DEP Wahlkampf machten, wurden ermordet. Mehmet, Ramazan und Ahmet Ereğ wurden von den Sicherheitskräften durch Schüsse ermordet, weil sie Wahlpropaganda für die DEP gemacht hatten. Ihre Leichen wurden am 6. und 7. Februar 1994 in der Nähe von Mardin-Mazidag gefunden.

* Am 19. Februar 1994 wurde der Sohn Hüseyin Alevçans, der für die DEP als Bürgermeister für die Stadt Aydinlar-bucagi in Siirt kandidierte, zu Tode gefoltert.

* In Diyarbakir wurden die Söhne des für die DEP im Stadtteil Baglar kandidierenden Mahmut Tekes, Ahmet und Soner, am 23. Februar 1994 von der Konterguerilla ermordet.

* Die Militärkommandanten bedrohten die Kandidaten der DEP sowie die potentiellen Wähler und Wählerinnen.

* Aufgrund der Morddrohungen und Behinderungen durch die staatlichen Sicherheitskräfte konnten die Abgeordneten nicht in ihre Wahlkreise fah-

ren. Der Staat wollte die DEP an der Teilnahme an der Wahl hindern, aber er wollte, daß die DEP aufgrund der Repression selbst gezwungen wird, den Beschluß zu fassen, nicht teilzunehmen. Die DEP beschloß auf ihrem Kongreß am 23. Februar 1994, sich aus den Kommunalwahlen zurückzuziehen, weil klar wurde, daß diese Wahlen keine demokratischen Wahlen sein werden und den Willen des Volkes nicht widerspiegeln werden. Deshalb rief sie zum Wahlboykott auf.

* Als Strafe verübte der Staat einen Bombenanschlag auf das DEP-Partei-büro im Stadtteil Necatibey in Ankara. Dabei kam ein Mensch ums Leben und 20 Mitglieder wurden verletzt.

* Am 2./3. März 1994 hob das türkische Parlament innerhalb weniger Stunden auf Wunsch der Armee die Immunität der DEP-Abgeordneten Hatip Dicle, Leyla Zana, Ahmet Türk, Orhan Dogan, Sirri Sakik und des ehemaligen DEP, damals parteilosen Abgeordneten Mahmut Alinak auf. Während der Schutz der Immunität noch bestand, drangen vor den Augen der Weltöffentlichkeit Folterpolizisten ins Parlamentsgebäude ein, zerrten die Abgeordneten gewaltsam heraus und nahmen sie fest.

* Am 16. Juni 1994 wurde dem Verbotsschluß gegen die DEP vom türkischen Parlament zugestimmt. Nach diesem Beschluß ist nun die Verhaftung hunderter DEP-Mitglieder zu befürchten.

Die Türkei verschärft den Ägäis-Konflikt

Das türkische Regime ist auch in anderen Regionen ein Kriegshetzer

Seit Monaten spitzt sich der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei zu. Im Januar donner-ten türkische F-16-Kampfbomber über das griechische Inselgebiet von Thásos, wo Griechenland mit Ölbohrungen innerhalb seiner Hoheitsgewässer begonnen hatte. Generalstabschef Güres: Griechenland benähme sich „wie ein Feind“. Die Türkei reklamiert mindestens die Hälfte des Ägäis-Öls für sich.

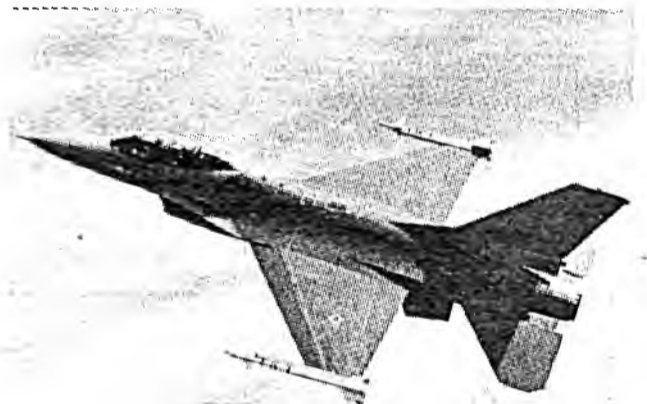
Im Juni, kurz vor und während der Istanbuler NATO-Tagung sowie vor dem EU-Gipfel in Korfu eskalierte die türkische Regierung den Konflikt. Griechenland hatte erklärt, daß es sich die Ausdehnung seiner Hoheitsgewässer auf zwölf Seemeilen nach der neuen Internationalen Seerechtskonvention ab November vorbehalte. Die türkische Ministerpräsidentin Çiller erklärte daraufhin am 8. Juni in *Milliyet*, daß die Türkei eine solche Ausdehnung als „Kriegsgrund“ betrachte und die türkische Armee innerhalb von 24 Stunden die griechischen Inseln angreifen werde. Am Rande der NATO-Tagung im Juni drohte der türkische Außenminister Çetin den Verbündeten erneut mit einem bewaffneten Konflikt. Staatspräsident Demirel erteilte den Auftrag, auf den dem Bosphorus vorgelagerten türkischen Inseln Gökçeada und Bozcaada die Landebahnen für die türkische Luftwaffe auf 2000 Meter auszubauen.

Zur Zeit beträgt der Anteil des griechischen Hoheitsgebietes an der Ägäis ca. 43 Prozent. Bei einer Ausdehnung auf zwölf Seemeilen wäre sein Anteil auf 71 Prozent gewachsen, der Anteil der internationalen Gewässer würde von 50 auf elf Prozent fallen. Der türkische Anteil bliebe mit sieben bis acht Prozent konstant, aber die Einfahrt in die Meerengen zum Bosphorus würde von Griechenland kontrolliert. Zudem wäre die Türkei endgültig von den größeren Ölfeldern in der Ägäis abgeschnitten.

Schon vor dem Militärputsch hatte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 29. 3. 1980 von der Sicherung der Ölvorkommen in der Ägäis durch eine starke Türkei geschwärmt: „Die Ölvorkommen in der Ägäis können für die EG gesichert werden. Selbst wenn die Nutzung allein durch die Türkei erfolgen würde, bedeutet dies eine Entlastung der Gemeinschaft, da die türkische Handelsbilanz von der wesentlichen Quelle ihrer Defizite befreit wird.“ Griechenland drängt zur Zeit auf eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag über die Besitzrechte an den Erdölfeldern. Auf der NATO-Tagung ließ Çetin verlauten, daß die Türkei eine solche Entscheidung nicht wünsche.

Die Hintergründe des Konflikts liegen nicht allein in der möglichen Ausdehnung der Hoheitsgewässer und den Ölbohrungen. Griechenland sieht sich

zunehmend einer Einkreisungspolitik durch die Türkei — unterstützt von der BRD — auf dem Balkan ausgesetzt. Die Türkei und die BRD hatten bei der Schürung des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien sofort Makedonien anerkannt, das u.a. Ansprüche auf griechisches Territorium erhebt. Griechenland verhängte ein Embargo gegen Makedonien und stellt sich weiterhin gegen Sanktionen gegen Serbien. Die griechische Regierung hatte schon gegen den Dreiergipfel Kinkel, Hurd und Çetin protestiert, die im Januar eine neue Sicherheitsallianz in Ankara gründeten, die die Türkei als den traditionellen Partner für die Sicherheit auf dem Balkan und in dem Schwarzmeer-Raum erklärten und ihr eine Führungsrolle in der Region zusprachen. Letzte Woche schickte die Türkei die ersten Truppen nach Bosnien. *Hürriyet* titelte dazu: „Endlich: türkische Truppen auf den Spuren der Osmanen“. Weiterer Konflikttherd ist der Bau einer Öl-Pipeline von Odessa nach Alexandroupolis. Die türkische Regierung hatte lange diesen Plan bekämpft, da sie die Öltransporte aus dem Kaukasus und Mittelasien über die Türkei führen will. Gegen diese Einkreisungspolitik verlangte Griechenland auf der NATO-Tagung in Istanbul nach dem Scheitern der UN-Verhandlungen über den Abzug der türkischen Truppen von Nord-Zypern ein Embargo gegen Nord-Zypern. Auf der EU-Tagung unterstützte Griechenland die Aufnahmeanträge von Malta und der



Republik Zypern in die EU.

Die BRD will der griechischen Regierung Druck machen. Griechenland soll auf die Zwölf-Meilen-Zone verzichten, das Embargo gegen Makedonien falllassen. Weiter ist ihr die diplomatische Anerkennung der kurdischen Befreiungsbewegung ein Dorn im Auge, die in Griechenland offiziell ein Büro unterhält. Auch das war Thema in Korfu, wo die griechische Delegation ein Ende der Stigmatisierung des kurdischen Befreiungskampfes als „Terrorismus“ verlangte. Und letztlich beginnen wieder die Verhandlungen über die US- und NATO-Basen in Griechenland. Die griechische Regierung hatte vor den Wahlen erklärt, daß sie keine Verlängerung dieser Verträge wünscht.

Quellen: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 1. 94; *Frankfurter Rundschau*, 29. 1., 9. 6., 10. 6. 94; *Neues Deutschland*, 19. 1., 16. 6. 94; *Allgemeines Deutsches Sonntagsblatt*, 17. 6. 94; *Hamburger Abendblatt*, 9. 6., 10. 6. 94 — (rub)

Opposition gestärkt

Freiburger Linke Liste bildet mit Frauenliste erstmals eine Fraktion

Die Kommunalwahlen in Freiburg haben nicht unbeträchtliche Verluste für die SPD, für das bürgerlich-konservative und rechte Lager gebracht, weitere Stimmengewinne für grün-alternative Gruppierungen und eine Stabilisierung der parlamentarischen Position der Linken Liste/Friedensliste, die seit drei Legislaturperioden im Gemeinderat, im dritten Anlauf jetzt mit zwei Stadträtinnen vertreten sein wird.

Angetreten waren neben den bekannten großen Parteien und der Freien Wählervereinigung (FWV) von den Rechten die Republikaner, die Stadt-Partei und die Partei Biltreuer Christen (PBC), die beiden letzten allerdings ohne vollständige Kandidatenlisten.

Neu war die Kandidatur von zwei reinen Frauenlisten: „Frauen für Freiburg“, wenige Wochen vor der Wahl von einer bisherigen Stadträtin der Grünen aus der Taufe gehoben, die bei der Kandidatenaufstellung der Grünen durchgefallen war, und die Liste „Unabhängige Frauen“, die bei den letzten Oberbürgermeisterwahlen eine (die einzige) Gegenkandidatin gegen den amtierenden OB Rolf Böhme aufgestellt hatte und dabei auf Anhieb 20% der Stimmen erzielen konnte. Von Interesse ist dabei, daß diese OB-Kandidatin der Unabhängigen Frauen jetzt auf der Liste der Grünen (Platz 7) kandidiert hatte und dort mit dem zweitbesten Ergebnis ebenfalls den Einzug in den Gemeinderat geschafft hat.

Die neue Sitzverteilung: CDU 13 (-1), Grüne 12 (+2), SPD 11 (-2), FWV 4 (+1), FDP 2 (-1), Linke Liste/Friedensliste 2 (+1) Republikaner 1 (-2) ÖDP 1 (unverändert) sowie die beiden Frauenlisten je 1 (0). Trotz der Verluste der SPD, die insbesondere innerhalb der neuen Fraktion die eher linken Strömungen innerhalb der SPD geschwächt hat, geht die Opposition gestärkt aus den Wahlen hervor. Bemerkenswert ist, daß die Grünen ausgehend von ihrem auch sonst in Universitätsstädten wie Freiburg hohen Niveau 3,1% zugewinnen konnten und gleichzeitig die beiden Frauenlisten, die ebenfalls eher dem grün-alternativen Spektrum zuzuord-

nen sind zusammen nochmals 4,7% erzielen konnten. Zusammen mit dem Vertreter der ÖDP, der, was seine Person betrifft, eine eher weniger fundamentalistische Position vertritt und durchaus auch für soziale Anliegen offen ist, stellt so das grün-ökologische, alternative Lager mit 31,2% der Stimmen den zweitgrößten Wählerblock nach den konservativ-bürgerlichen Parteien (CDU, FWV, FDP) mit zusammen 41,6%.

Nicht wirklich beruhigend allerdings das immer noch hohe Potential der Rechten (Rep, Stadt-Partei und PBC), die zusammen immerhin 5,2% der Stimmen erhielten, obwohl die örtlichen Medien und die konservativen Parteien im Wahlkampf bemüht waren, die Republikaner madig zu machen. Obwohl die Wirksamkeit der Rep wegen des Verlustes von zwei Sitzen (und damit des Fraktionsstatus) sicher deutlich abnehmen wird, können sie offensichtlich auf eine im Kern sichere faschistische Wählerbasis rechnen, die sich auch von den gegenwärtigen Absetzbewegungen der bürgerlichen Parteien nicht wirklich verunsichern lassen.

Innerhalb der Linken Liste/Friedensliste, einem Personenbündnis, in dem neben überwiegend Unorganisierten Leuten auch Mitglieder der DKP und des BWK mitarbeiten, wurde das eigene Wahlergebnis überwiegend positiv beurteilt. Zwar gelang nur ein kaum nennenswerter absoluter Zuwachs an Stimmen, der aber immerhin das wichtigste Wahlziel, den zweiten Sitz im Gemeinderat, sicherstellen konnte, obwohl der Medienboykott diesmal nahezu lückenlos funktionierte und Leihstimmen aus dem bürgerlichen Lager wegen der früheren Spitzenkandidatin und Stadträ-

Kommunalwahlen in Freiburg			
	Stimmen	%Anteile	
		1994	1989
CDU	936 801	24,8	26,8
Grüne	872 257	23,1	20,0
SPD	824 402	21,8	25,6
FWV	311 691	8,2	7,6
FDP	190 960	5,1	3,7
Linke L.	141 287	3,7	3,6
Rep	133 678	3,5	6,2
ÖDP	130 037	3,4	2,8
Frauen	100 386	2,7	-
Unabh. Fr.	75 674	2,0	-
Stadt P.	37 896	1,0	-
PB	24 786	0,7	-

tin, einer Hochschullehrerin für Philosophie, die nicht mehr kandidieren konnte, wegfielen.

Erfreulich vor allem: eine eindeutig oppositionelle Gruppierung, die in ihrer praktischen Politik seit zehn Jahren auch im Gemeinderat vor allem Kritik an und Widerstand gegen die herrschende Kommunalpolitik unterstützt hat, kann auch neben einer starken grünen Richtung nicht nur bestehen sondern wachsen. Viele haben in Freiburg von einer Organisation außerhalb der Grünen und einer Kandidatur neben ihnen auf Dauer eine Schwächung des Lagers der Opposition erwartet.

Daß jetzt durch entsprechende Vereinbarungen mit den „Unabhängigen Frauen“ zum ersten Mal eine linke Gruppierung im Freiburger Gemeinderat eine Fraktion bilden wird, mit den entsprechenden Arbeits- und Einflußmöglichkeiten, wird nicht ohne Einfluß bleiben auf die Grünen und die SPD. Es scheint bewiesen: Opposition muß sich nicht in Anträgen für mehr Radwege erschöpfen und Widerstand nicht in der Verteidigung bedrohter Biotope; und: eine linke Opposition schadet jedenfalls nicht der grünen Partei.

Auch wenn eher fraglich scheint, ob sich dies in Zukunft in zählbaren Abstimmungserfolgen im Gemeinderat niederschlagen wird: alle diejenigen Gruppierungen, die im Wahlkampf sich in einigen wichtigen Auseinandersetzungen der letzten Zeit eindeutig auf die Seite der Opposition und der Kritik gestellt hatten, konnten Erfolge verbuchen. Themen des Wahlkampfes:

— die Folgen des Baus eines millionenschweren Kongreßzentrums als Kernstück einer kapitalistischen „Modernisierungs“-Strategie für

**GRÜNE und
SPD haben
links und
rechts öftel
velwechsert**

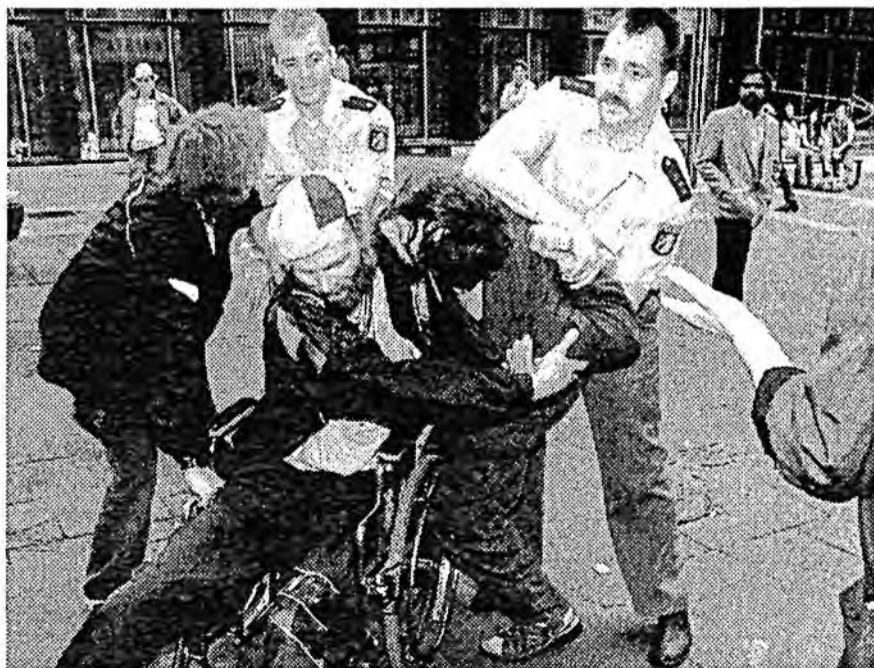
**DIESMAL KEINE
EXPERIMENTE:
LINKS WÄHLEN!**

Freiburg,
— der noch nicht endgültig entschiedene Kampf gegen den Bau einer neuen vierspurigen Straßenachse durch Freiburg in den Schwarzwald als Teilstück einer neuen West-Ost-Strassenverbindung (Madrid-Moskau),
— die Kopf-Ab-Kürzungen im Sozial- und Kulturbereich, die vor allem für freie Gruppen und Träger, das Aus bedeuten würden;
— der Kampf gegen den Faschismus und die Verteidigung der Rechte der Ausländer in der Stadt,
— die verheerende Situation auf dem Freiburger Wohnungsmarkt.

Versuche der CDU und der SPD, die „Innere Sicherheit“ oder den „Standort Freiburg“ zum Wahlkampfsschlager zu machen, blieben jedenfalls im Wahlkampf ohne größere Resonanz aus der Bevölkerung.

Zugenommen haben aber Aktionen und teilweise sehr gut besuchte Veranstaltungen von einzelnen Initiativen und Gruppen, die im Bereich der genannten Schwerpunkte z.T. seit Jahren tätig sind. Der eigentliche Wahlkampf hat sich verlagert, weg von den Veranstaltungen der Parteien, die sich einige Bürger eingeladen hatten, hin zu den selbsttätigen Gruppen, die sich die Parteien vorknöpfen.

Grüne, Linke Liste, die beiden Frauengruppen und (mit Einschränkungen) auch die ÖDP hatten in all den genannten Fragen klar Position bezogen und sich gegenüber der Reaktion abgegrenzt, auch wenn die Gewichtungen dabei unterschiedlich waren. Es ist naheliegend, dort eine wesentliche Ursache für ihren relativen Wahlerfolg zu suchen. Das wäre, wenn es sich bestätigt, ermutigend. — (kh)



Köln. „Mit Entsetzen haben wir sehen müssen, wie Kölner Polizeibeamte auf der Domplatte einen schwerbehinderten Wohnungslosen aus dem Rollstuhl warfen und mißhandelten“, erklärten die Grünen Landtagsabgeordneten Marianne Hürten und Daniel Kreutz. Damit hat die menschenverachtende Politik von Vertreibung und Repression gegen Wohnungslose eine neue Eskalationsstufe erreicht. — (jöd)

Immer mehr Arme, Alte, Ausländer, Arbeitslose

Frankfurt. In Frankfurt würden „tendenziell noch mehr Arme, Alte, Ausländer und Arbeitslose leben“, während der Anteil der Bezieher mittlerer und höherer Einkommen sinke, beklagte Kämmerer Königs. Der Einkommenssteueranteil habe sich für Frankfurt zwischen 81 und 92 unabhängig von den wirtschaftlichen Entwicklungen verschlechtert. Ursache sei die Bevölkerungsstruktur Frankfurts. Einwohner mit mittleren Einkommen und Familien mit Kindern wanderten wegen hoher Mieten oder Immobilienpreise ins Umland ab. Nach Berechnungen der Kämmererei entgingen der Stadt aufgrund der genannten Entwicklung in den Jahren vor 94 jährlich rund 17 Mio. Mark. — (aus: Frankfurter Info)

IG Medien: Keine Werbung für die türkische Armee in der BRD

Stuttgart. Der Landesvorstand der IG Medien in Berlin hat in einem Brief an den Berliner Regierenden Bürgermeister Diepgen, den Ministerpräsidenten

des Landes Brandenburg, Stolpe, und die Medienanstalt-Berlin-Brandenburg gegen Spendenwerbung für die türkische Armee in der BRD über deutsche Fernsehnetze scharf protestiert.

In dem Mitte Juni versandten Protestschreiben der IG Medien heißt es u.a.: „Der Text des Beitrages lautet: 'Unsere Armee ist der stählerne Ausdruck türkischer Einheit, türkischer Leistungsfähigkeit, türkischen Talents und türkischen Patriotismus. Mit ihrer Spende eine noch zeitgenössischere Armee zu schaffen, ist unser Ziel.' Damit sind vielfältige ethnische und politische Probleme aufgeworfen. Eine Duldung derartiger Sendungen würde den sozialen Frieden von Bevölkerungskreisen kurdischer und türkischer Herkunft gravierend stören und zum Unfrieden in der Bundesrepublik beitragen. Derartige Spendenaufrufe widersprechen dem Grundgesetz, den Landesverfassungen sowie der Mediengesetzgebung. Wir fordern Sie auf, derartigen Sendungen ... entgegenzutreten und die rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um solche Sendungen zu verhindern. Eine Tolerierung derartiger Sendungen wird von uns als zuständiger Mediengewerkschaft nicht hingenommen. Wir bitten

NEUMÜNSTER

Proteste gegen türkischen Generalkonsul

Zur diesjährigen Eröffnung der Neumünsteraner Holstenküste luden Stadtpräsident Loose und Oberbürgermeister Unterlehberg den türkischen Generalkonsul ein. Diese Einladung fand unter dem Deckmantel der „Präsentation menschlichen Miteinanders“ statt.

Angesichts der dauernden Unmenschlichkeiten der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk und im besonderen wegen der in den letzten Wochen erneut eingeleiteten Vertreibung von zehntausenden von kurdischen Bewohnern aus ihren Dörfern protestierten der Arbeitskreis Ausländerpolitik und acht weitere Gruppen gegen eine solche Geste des unmenschlichen Miteinanders. Sie forderten die Stadtverwaltung

auf, von der Einladung abzusehen und eine „geeignete, der Idee der Völkerverständigung angemessene Form“ zu wählen. Die Stadtoberhäupter bestanden jedoch auf ihrer Entscheidung mit der Begründung: „Wir können nicht in Neumünster die Schiedsrichter der Weltpolitik spielen.“ Circa 20 Menschen fanden sich daraufhin während der Eröffnung der Holstenküste zu einem lautstarken Protest zusammen. Mit Beiträgen, Transparenten und Flugblättern traten sie gegen die Anwesenheit des türkischen Generalkonsuls auf. Sie wiesen darauf hin, welchen Terror die Türkei in Kurdistan ausübt und in welchem Maße die Bundesrepublik dies durch Militärhilfe seit Jahrzehnten unterstützt. — (aus: Lokalber. Kiel 13/93)

VOLKSVERHETZUNG „AUSCHWITZLÜGE“

Deckert wieder nur mit Bewährung verurteilt!

Das Mannheimer Landgericht (LG) hat im Wiederholungsprozeß erneut G. Deckert wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu 10 000 DM Geldstrafe und zu einem Jahr Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung (vorher 4 Jahre) verurteilt.

Der BGH hatte — international stark kritisiert — das alte Urteil aufgehoben, weil die „qualifizierte Auschwitzlüge“ nicht nachgewiesen sei. Für Volksverhetzung reiche das „einfache“ Leugnen der Gaskammern nicht aus (O-Ton Deckert: „... daß keine der genannten Einrichtungen jeweils als Gaskammer funktioniert haben können, dies gilt für das Hauptlager Auschwitz-Birkenau, Majdanek, Lublin usw. ...“).

Selbst die Presse bemängelte, daß Deckert in stundenlangen Monologen seine Thesen im Gerichtssaal verbreiten konnte und vom Richter mit äußerster Zuverlässigkeit behandelt wurde. Er hat seit seinem ersten Urteil keine Gelegenheit ausgelassen, die „Auschwitz-Lüge“ in diversen Formen zu wiederholen. Sogar den mit dem ersten Urteil eingezogenen Videofilm (Verlag Nation und Europa) begann

Deckert kürzlich frecherweise wieder öffentlich zu vertreiben. Trotzdem sah der Richter „mildernde Umstände“ und eine „günstige Prognose“: „Ein Gesinnungswandel (sei) für eine günstige Prognose nicht nötig“. Ihm solle „die Chance eingeräumt werden, sich an die Richtlinien des Urteils zu halten“.

Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre ohne Bewährung. Er verwies auf die Folgen der Hetze der „politischen Brandstifter“. Den Revisionisten gehe es darum, die NS-Ideologie reinzuwaschen und wieder salonfähig zu machen. Deckert und auch die Staatsanwaltschaft legten Revision ein. — (ant)

Günter Deckert: Biedermann und geistiger Brandstifter — Eine kleine Materialsammlung

Das Antifaschistische Aktionsbündnis Weinheim hat in dieser Dokumentation anlässlich des Mannheimer Prozesses eine Vielzahl von Zitaten und Positionen von und über Deckert, seine politische Geschichte und die NPD zusammengestellt und kommentiert.

Zu beziehen: Pumuckl, L 14,6, 68161 Mannheim; Preis 3 DM + 3 DM Porto, Vorauskasse

Nordrhein-Westfalen

GEW gegen neues Sonderschulgesetz

Nach einem Anfang 1993 festgelegten Auftrag plant die Landesregierung nun mit dem Entwurf eines „Gesetzes zur Weiterentwicklung sonderpädagogischer Förderung (Sonderschulentwicklungsgesetz)“ einschneidende Veränderungen für die Beschulung behinderter Schülerinnen und Schüler.

Die GEW lehnt diesen Gesetzentwurf ab und ruft auf:

1. Der gemeinsame Unterricht von Behinderten und Nichtbehinderten in der allgemeinen Schule ist nun per Gesetz vorgesehen ... Eine Ausweitung über den jetzt bestehenden Umfang hinaus soll nicht geschehen. Der Besuch der Sonderschule bleibt auch weiterhin der Regelfall.
2. Es besteht eine ständige Unsicherheit über die mittel- und langfristige Perspektive ... Es fehlt jede rechtliche Absicherung der materiellen und personellen Voraussetzungen durch Abhängigkeit von jährlichen Haushaltsentscheidungen.
3. Die Qualität bisheriger sonderpädagogischer Arbeit ist gefährdet durch die rein finanziell motivierte Zusammenlegung „affiner Sonderschultypen“ ...
4. Die beabsichtigte Einrichtung von

Sonderschulklassen an Regelschulen bedeutet Ausgrenzung und Stigmatisierung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung.

Die GEW fordert stattdessen eine Gesetzliche Regelung:

- die die Qualität erreichter sonderpädagogischer Förderung auch weiterhin garantiert,
- die den Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht Behinderter und Nichtbehinderter begründet.

Wir wenden uns an die Landtagsabgeordneten, ihre Zustimmung zu dieser Gesetzesvorlage zu verweigern. Denn das Gesetz ist nicht nur wichtig für die unmittelbar Betroffenen, sondern eine Frage unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses und unserer gesellschaftlichen Zukunft. Gesetze sind auf Dauer angelegt. Dieses Gesetz entscheidet, daß auch in Zukunft die Aussonderung vor der Integration Vorrang haben soll. Dieser Gesetzentwurf darf vom Landtag nicht verabschiedet werden! Bitte unterstützen Sie diesen Aufruf durch Ihre Unterschrift!

Unterschriftenlisten und Unterstützung an: GEW; Stadtverband Köln, Hans-Böckler-Platz 9, 50672 Köln, Tel.: 0221/516267



Sie, uns kurzfristig mitzuteilen, welche Maßnahmen eingeleitet werden. Sollte dies nicht möglich sein, erwarten wir einen Zwischenbescheid, um eigene Schritte einzuleiten.“ — (rül)

Chef einer Wehrsportgruppe im Ortsrat

Meißenndorf/Celle. Am Donnerstag, den 9. Juni '94, wurde Eckhard Knoop von dem SPD-Ortsbürgermeister aus Meißenndorf, Landkreis Celle, als neues Ortsratsmitglied per Handschlag begrüßt. Eckhard Knoop kandidierte 1991 auf der Liste Wählergemeinschaft Meißenndorf zu den Ortsratswahlen. Nun rückte er für Waltraud Müller nach, die aus dem Ortsrat ausschied. Dieser Vorgang ist eigentlich nicht ungewöhnlich,

doch bei Knoop verhält es sich da anders. Immerhin ist er führendes Mitglied der nach ihm benannten Wehrsportgruppe „Freundeskreis Kirsch/Knoop“ aus Meißenndorf. Laut Aussage der Bundesregierung „handelt es sich beim „Freundeskreis Kirsch/Knoop“ um den aktiven Kern der „Interessengemeinschaft Wehrsport Meißenndorf“. Diese Gruppe wurde auch im niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 1992 erwähnt. Die Bundesregierung führt weiter aus, daß die „Interessengemeinschaft Wehrsport Meißenndorf“ in der Vergangenheit den Namen „Nothilfe-technische Übungs- und Bereitschaftsstaffel Bergen (NÜB)“ trug. (Presseerklärung des Antifaschistischen Arbeitskreises Celle)

Bündnis gegen EU-Gipfel: Programm geplant

Essen. Auf dem siebten Treffen des Essener Bündnisses gegen den EU-Gipfel am 9.6.'94 wurde beschlossen, daß das Essener Bündnis einen Teil der konkreten organisatorischen und technischen Vorbereitung für die geplante bundesweite Demonstration am 10.12. und für die anvisierte Auftaktveran-

staltung und den Gegenkongreß übernimmt. Daneben plant das Essener Bündnis im Vorfeld des Gipfels ein koordiniertes Veranstaltungsprogramm an verschiedenen Orten und in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes. Außerdem werden Aktionen im Zusammenhang mit dem geplanten städtischen Kulturbegleitspektakel zum EU-Gipfel überlegt. Auf dem nächsten Treffen des Essener Bündnisses am 8.8. im Apostel-Jugendhaus, 19.30 Uhr, sollen die konkreten Ideen für Veranstaltungen und Aktionen im Vorfeld der EU-Ministerratsstagung zusammengetragen werden.

— (Lokalberichte Essen, tobi)

Müllöfen länger kaputt Klage gegen Müllgebühren

Augsburg. Am 1. April ist die Abfallgebühr von 90 auf 190 Mark gestiegen, pro Kopf und Jahr. Dies wurde begründet mit den hohen Kosten für „Deutschlands modernste Müllverbrennungsanlage“ (850 Mio. Mark). Doch bevor der offizielle Probelauf gestartet werden konnte, gab es zahlreiche Risse in den Dampfdruck- und Wasserleitungen. Seit dem 27. April sind die drei Verbren-

nungsöfen abgeschaltet, möglicherweise bis zum Jahresende. Während sich der Zweckverband den Kopf zerbrechen muß, wie er von dem Lieferkonsortium unter der Führung der Firma Asea Brown Boveri (ABB) die Reparaturkosten von mindestens 40 bis 50 Millionen Mark hereinholen kann, verlangten die Grünen im Stadtrat die Aussetzung der Müllgebührenerhöhung. Sie wollen nur die Kosten der Teile der Müllanlage in die Gebühren eingerechnet sehen, die auch genutzt werden, also Kompostierung und Sortierung. Gleich nach Aussendung der knapp 30000 Bescheide haben etwa 50 Bürgerinnen und Bürger beim Amt für Abfallwirtschaft schriftlich Einspruch eingelegt oder einen Überprüfungsantrag gestellt. Der zuständige Referent bleibt stur und beruft sich auf das Kommunalabgabengesetz (KAG). Dieses gestatte die Umlage von Kosten bereits ein Jahr vor Inbetriebnahme einer Anlage. Auch die Regierung von Schwaben weist Beschwerden zurück. Der Müll würde ja schließlich trotz defekter Verbrennung regelmäßig entsorgt. Derzeit bildet sich eine Bürgerinitiative, die eine Klage gegen die Gebührensatzung plant. — (baf)

Hitlers Oberreichsanwalt, der Rechtsstaat Bundesrepublik Sorgenvolle Gedanken eines ehemaligen DDR-Bürgers

- H.F

[illegible]

Krieg der Eigentümer West gegen Ost

Mit freundlichen Grüßen,
Nitsche Berlin, 12. April 1994"
Eine Antwort steht bis heute aus.
(Aus Platzgründen mußten Einleitung
und Brief gekürzt werden — d. Red.)

Die Kommunalpolitik der PDS ist weiter im Aufwind

Erste Betrachtungen zu den Kommunalwahlen von Uwe-Jens Rössel und Heinz Bartsch

V ielerorts läuten dieser Tage in Parteizentralen von CDU, SPD und FDP die Alarmglocken. Der Grund: Die guten Ergebnisse der PDS in Ostdeutschland bei der Europawahl sowie bei den gleichzeitig stattgefundenen Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. So fuhr zwei Tage nach der Kommunalwahl Peter Schowtka, Mitglied des sächsischen Landesverbandes der CDU, im Auftrag seiner Parteiführung nach Hoyerswerda, um seinen Parteifreund Martin Schmidt zum Niederlegen seiner Kandidatur im zweiten Durchgang der Bürgermeisterwahl am 26. Juli 1994 zugunsten des aussichtsreicheren SPD-Bewerbers Klaus Naumann zu bewegen. (In Sachsen finden keine Stichwahlen, sondern Neuwahlen für Bürgermeister und Landrat statt, wenn am 14.6. kein Kandidat die nötigen 50 % plus eine Stimme erhalten hat, dabei können auch völlig neue Kandidaten antreten. — Anm. d. Red.)

Ziel der eifrigen Bemühungen in Hoyerswerda war es, zu verhindern, daß mit Klaus-Dieter Brähmig künftig ein PDS-Oberbürgermeister regiert. Hoyerswerda wäre die erste kreisfreie Stadt Deutschlands, wo dies der Fall ist.

Hoyerswerda ist beileibe kein Einzelbeispiel. Eine Liste der Sachsenunion — so die „Sächsische Zeitung“ am 16. Juni 1994 — führt 27 Städte und Gemeinden auf, in denen bei der Neuwahl des Bürgermeisters PDS-Bewerber mit sehr guten Chancen im Rennen liegen. In einem „Kuhhandel“ (Zitat aus eben dieser Zeitung vom 16. Juni 1994) der CDU mit der SPD soll demnach alles getan werden, um den jeweils weniger aussichtsreich im Rennen liegenden Bewerber zur Aufgabe zu bewegen und die Wähler aufzufordern, den jeweils chancenreicheren Kandidaten dieser Parteien ihre Stimme zu geben.

Beeindruckendes Ergebnis

Die PDS hat mit ihren jüngsten Erfolgen bei den Kommunalwahlen in vier ostdeutschen Ländern in insgesamt beeindruckender Weise die Aufwärtsentwicklung, die mit den Kommunalwahlen in Berlin (Mai 1992) und Brandenburg (Dezember 1993) eingeleitet wurde, fortgesetzt.

In Mecklenburg-Vorpommern steigerte sich die PDS bei den Kommunalwahlen im Landesdurchschnitt gegenüber 1990 um 4,5 %. In der Landeshauptstadt Schwerin (34,0 %), in Rostock (33,2 %) und Neubrandenburg (32,1 %) sowie im Kreis Rügen (28,5 %) wurde die PDS stärkste Partei. Auch in kreisangehörigen Städten — genannt seien Ueckermünde, Röbel und Saßnitz — votierten über 30 % der Wähler für Kandidaten der PDS / Offene Liste.

In der Stadt Röbel konnten die PDS-Kandidaten ihren Stimmenanteil beispielsweise gegenüber 1990 mit nunmehr 34,6 % mehr als verdoppeln. In Mecklenburg-Vorpommern werden die Bürgermeister und Landräte nicht direkt, sondern von den jeweiligen Gemeinde- und Stadträten bzw. den Kreisräten gewählt.

In Sachsen-Anhalt wuchs der Stimmenanteil für die PDS im Landesdurchschnitt um 5,5 % auf nunmehr 18,2 %. In Halle wird die PDS mit 15 Mandaten vor der SPD (14 Mandate) und der CDU (13 Mandate) stärkste Fraktion sowie in der Landeshauptstadt Magdeburg

zweitstärkste Fraktion im Stadtrat sein. In beiden Städten sowie im Landkreis Aschersleben erreichten die PDS-Kandidaten Dr. Wolfgang Süß, Hans-Werner Brüning bzw. Walter Blauwitz die Stichwahl um das Amt des Oberbürgermeisters bzw. des Landrates.

In Sachsen erhöhte sich der Stimmenanteil der PDS bei den Wahlen zu den Kreistagen seit 1990 um 2,3 % auf jetzt 13,2 %. Im Stadtrat von Hoyerswerda wird die PDS über ein Drittel aller Mandate sowie in den Stadträten von Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau jeweils mehr als ein Fünftel aller Mandate einnehmen.

In Thüringen erreichte die PDS im Landesdurchschnitt 15,5 % der Stimmen. Das entspricht einer Zunahme von 5 Prozentpunkten. In der ehemaligen Bezirkshauptstadt Suhl stellt die PDS mit 29,6 % die stärkste Fraktion; in der ehemaligen Bezirkshauptstadt Gera mit 26,0 % die zweitstärkste. Dem PDS-Oberbürgermeisterkandidaten Klaus Lamprecht gelang in Suhl der Einzug in die Stichwahl.

Brandenburg und Berlin eingeschlossen, verfügt die PDS nunmehr in Ostdeutschland über insgesamt rund 6000 Abgeordnetenmandate in den kommunalen Vertretungen der Städte, Gemein-

den und Landkreise, darunter über ca. 1000 in den Vertretungen der Kreise sowie kreisfreien Städte. Trotz der Erhöhung des Stimmenanteils bei den letzten Kommunalwahlen sind das etwa 3000 Abgeordnetenmandate weniger als bei den Kommunalwahlen im Mai 1990, von der PDS wurden damals rund 9000 errungen.

Im Ergebnis der nunmehr abgeschlossenen Kreisgebietsreformen sowie der verschiedenenorts begonnenen Gemeindegebietsreform sank nämlich die Anzahl der Landkreise von 189 (1990) auf 87 (1994) sowie der Gemeinden von 7500 (1990) auf derzeit rund 6000. Gleichzeitig hat sich die Mandatsdichte der jeweiligen kommunalen Vertretungen 1994 im Vergleich zu dem Stand von 1990 um durchschnittlich 30 bis 50 % verringert. All das hat dazu geführt, daß z. B. die Anzahl der insgesamt zu vergebenen Kreistagsmandate in Ostdeutschland von ursprünglich 12600 auf jetzt ca. 4000 zurückgegangen ist. Eine in der Tendenz ähnliche Entwicklung vollzieht sich auf der Ebene der Städte und Gemeinden.

Die Ursachen für die Ergebnisse der PDS bei den Kommunalwahlen am 12. Juni 1994 bedürfen in den nächsten Wochen einer gründlichen Analyse, in die länderspezifische sowie örtliche/regionale als auch gesamtgesellschaftliche Faktoren einbezogen werden müssen. Deshalb kann an dieser Stelle nur auf einige dieser Faktoren hingewiesen werden: Eine solche Ursache ist das vielerorts engagierte, sachkompetente und öffentlichkeitswirksame Eintreten von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern mit PDS-Mandat für Interessen von Bürgerinnen und Bürgern. Dafür spricht auch die Tatsache, daß gerade in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, in denen seit 1990 starke

Eine weitere Ursache für erfolgreiche Kommunalpolitik besteht auch darin, daß vielerorts gerade Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker mit PDS-Mandat ihr parlamentarisches Wirken unlöslich mit außerparlamentarischer Tätigkeit verknüpfen. In der Regel erhielten bei den Kommunalwahlen diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten die meisten Stimmen, die auch in Verbänden und Vereinen, wie dem Arbeitslosenverband, in Mietervereinen, in Vereinen der Grundstückseigentümer und -besitzer und ähnlichen engagiert für das Bürgerwohl „streiten“.

Und schließlich sei eine dritte Ursache erwähnt. Sie besteht darin, daß Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der PDS, anders als das in etablierten Parteien oft der Fall ist, in ihrem Einsatz für Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner nicht von übergeordneten Gremien der Partei „zurückgepfiffen“ werden. Gerade das Wirken von Abgeordneten der CDU, F.D.P. und SPD zeigt, daß sie oft an Schnittstellen zwischen kommunalpolitischen Interessen und parteipolitischen Beschlüssen geraten, was sie zu einem fortgesetzten Rollenwechsel zwingt. Letztlich werden gemeindliche oder kreisliche Interessen parteipolitischen Vorgaben aus Bonn oder der jeweiligen Landeshauptstadt untergeordnet. Das stößt bei immer größeren Bevölkerungskreisen auf Ablehnung.

Schwachstellen gründlich auswerten

Bei aller Freude über das gute Kommunalwahlergebnis am 12. Juni 1994 dürfen die zugleich zutage getretenen Schwachstellen nicht verschwiegen werden. An dieser Stelle kann nur auf einige hingewiesen werden.

Es ist eine Tatsache, daß in etwa 75 % aller ostdeutschen Gemeinden die PDS in den jeweiligen kommunalen Vertretungen nicht vertreten ist. Überhaupt kann namentlich auf der Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Anzahl der für die jüngste Kommunalwahl gewonnenen Kandidatinnen und Kandidaten in allen vier Ländern nicht zufriedenstellen. Wenn im mitgliederstärksten PDS-Landesverband Sachsen mit insgesamt 2000 Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen sogar weitaus weniger Personen als von der wesentlich mitgliederschwächeren DSU aufgestellt wurden, so müßten im sächsischen Landesverband eigentlich die Alarmglocken läuten, zumal bei der Wahl der Gemeinderäte die PDS in Sachsen im Vergleich zu 1990 sogar prozentuale Einbußen erlitten hat (von 15,2 % auf 14,5 %).

Es ist auch kein Ruhmesblatt, wenn die PDS in Thüringen nur in 9 von 17 Landkreisen überhaupt Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Landrätin oder des Landrates aufgestellt hat. Wenig Verständnis findet es auch, wenn in einer großen Stadt wie Dessau (Sachsen-Anhalt) mit einem Stimmenanteil von 20,9 % am 12. Juni 1994 für die PDS kein eigener Kandidat für das Amt der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters aufgestellt wurde.

Nachdruck aus: Informationsblatt Linke Kommunalpolitik, Nr. 12/1994 vom 16. 6. 1994



den und Landkreise, darunter über ca. 1000 in den Vertretungen der Kreise sowie kreisfreien Städte. Trotz der Erhöhung des Stimmenanteils bei den letzten Kommunalwahlen sind das etwa 3000 Abgeordnetenmandate weniger als bei den Kommunalwahlen im Mai 1990, von der PDS wurden damals rund 9000 errungen.

Im Ergebnis der nunmehr abgeschlossenen Kreisgebietsreformen sowie der verschiedenenorts begonnenen Gemeindegebietsreform sank nämlich die Anzahl der Landkreise von 189 (1990) auf 87 (1994) sowie der Gemeinden von 7500 (1990) auf derzeit rund 6000. Gleichzeitig hat sich die Mandatsdichte der jeweiligen kommunalen Vertretungen 1994 im Vergleich zu dem Stand von 1990 um durchschnittlich 30 bis 50 % verringert. All das hat dazu geführt, daß z. B. die Anzahl der insgesamt zu vergebenen Kreistagsmandate in Ostdeutschland von ursprünglich 12600 auf jetzt ca. 4000 zurückgegangen ist. Eine in der Tendenz ähnliche Entwicklung vollzieht sich auf der Ebene der Städte und Gemeinden.

Einige Ursachen des Erfolgs

Die Ergebnisse der jüngsten Kommu-

PDS-Fraktionen wirken, in der Regel ein überdurchschnittlicher Zuwachs im Stimmenanteil für die Partei erzielt werden konnte. Es gibt zunehmende Anerkennung dafür, daß PDS-Abgeordnete, die in Kommunalvertretungen in der Regel zur Opposition gehören, die „Regierenden“ nicht nur kritisch und kontrollierend begleiten, sondern durch eigene Alternativvorschläge die Lösung gerade solcher Probleme vorbringen, die den Einwohnerinnen und Einwohnern „unter den Nägeln brennen“.

Genannt sei vor allem das Wirken auf den Gebieten Arbeit, Soziales, Wohnen und Schutz der Eigentums- und Nutzungsrechte sowie das Eintreten für tatsächliche kommunale Selbstverwaltung. So hat beispielsweise das erfolgreiche Engagement der PDS-Stadtfraktion in Halle und Stralsund zur Einführung eines Sozialpasses für sozial schwache Bürgerinnen und Bürger eine über beide Städte hinausgehende öffentliche Resonanz gefunden. Und auch die konkrete Hilfe, die vielerorts gerade PDS-Abgeordnete Menschen in schwierigen Lebenssituationen — so bei Arbeitslosigkeit oder drohender Obdachlosigkeit — leisten, wird — über Parteigrenzen hinweg — zunehmend gewürdigt.

Wer bestimmt hier, was demokratisch ist?

Dieter Hausold zum Ergebnis der Kommunalwahlen in Gera (Thüringen) am 12. Juni

Demokraten wählen Demokraten. Mit diesem Motto reagierte Thüringens CDU-Chef und Ministerpräsident auf die Ergebnisse der Europa- und Kommunalwahlen. Wohin das zielt, ist eindeutig. Die Ergebnisse der PDS haben Herrn Vogel in seinem Erfurter Nest offensichtlich in Unruhe versetzt. Allerdings ist er da nicht der einzige. Fast täglich liefern mehr oder weniger prominente Unionspolitiker Neues zum Thema: Wie verhindern wir die PDS — zumindest im Bundestag? Kommunale Belange werden da kalt-schnäuzig beiseite geschoben. Frau Merkel wünscht nach geradezu auffallend SED-ähnlicher Zentralistenmanier eine Isolierung der PDS auf allen Ebenen. Da nützt es wohl recht wenig, daß bisherige CDU-Landräte oder Oberbürgermeister auf eine oftmals sachkompetente Arbeit von PDS-Fraktionen in den kommunalen Vertretungskörperschaften aufmerksam machen. Völlig unverständlich ist Herrn Vogel und Seinesgleichen, wenn Ost-CDUler zaghaft bemerken, daß sie schließlich früher im Betrieb oder anderswo mit vielen Menschen gut gemeinsam gearbeitet hätten, die alleamt in der SED gewesen sind. Ein westdeutscher Politiker weiß eben nur, daß es in der BRD-Alt keine SED gab und man deshalb scheinbar nicht mit ihr umgehen mußte. Dabei ist diese ganze vorgeblich christdemokratische Politik mehr als scheinheilig. Allein Bilder sprechen dafür ganze Bände. Nimmt man nur jenes, auf dem Herr Vogel seinen und des Kanzlers Gast mit allerfreundlichster Geste in dem damals noch von ihm regierten Rheinland-Pfalz begrüßte. Mit ehemaligen SED-Mitgliedern, die bereit sind, sich wieder einer führenden Partei anzuschließen, hat die CDU denn ja auch keine Probleme, wie aktuelle Aussagen belegen. Die PDS-Bekämpfung kann also nicht mit der einheitssozialistischen Vergangenheit des Großteils ihrer Mitglieder zusammenhängen — folgt man dieser eigen-

artigen Logik. So eigenartig mag diese unterdessen vielleicht doch nicht sein. Die DDR gibt es nicht mehr und mit ihr ist letztlich all das beseitigt worden, was deren Bürger im realen Kapitalismus offensichtlich doch in immer größerer Zahl vermissen. Soziale Sicherheit in den wichtigsten Fragen, einen relativ sicheren Arbeitsplatz, stabile und niedrige Mieten, billige Urlaubsplätze — wenn auch nur im eigenen Land —, unentgeltliche medizinische Betreuung und Versorgung mit Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln, all dies spielt in der Erinnerung der Ostdeutschen offensichtlich trotz der vielen neuen Supermärkte und der guten Autos eine eher zunehmende Rolle.

Eine Partei wie die PDS, die der bundesdeutschen Gesellschaft in vieler Hinsicht kritisch gegenübersteht, die Alternativen zur Politik des Großen Geldes und des Sozialabbaus sowie zur finanziellen Knebelung der Kommunen entwickelt, paßt da gar nicht ins Bild. Schon gar nicht, wenn man sich, wie Herr Stihl, anschickt, ganz ungeniert zum Großangriff auf alle sozialen Rechte zu blasen, die es in der BRD für Arbeitnehmer und Rentner heute noch gibt. Dieser Herr teilt die Bundesbürger in Aktive und andere. Die anderen sind z.B. die Rentner, also jene, die nichts tun. Wie dieser Herr Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger betrachtet, darüber braucht wohl niemand Illusionen zu haben.

Wer über CDU-Politik spricht, der muß wissen, daß dies eine Politik ist, die den Ansichten des Herrn Stihl weitgehend entspricht. Übertroffen wird sie hier und da höchstens noch von der im Bundesmaßstab stinkkonservativen Wirtschaftspartei des Grafen Lambsdorff. Wobei der gegenüber Kohl immer noch den Vorteil hat, seine Meinung offen auszusprechen. In den letzten Tagen wird auch von der örtlichen CDU-Spitze oft betont, daß Kommunalpolitik keine Parteipolitik sein soll. Die Meinungsäußerungen der CDU-Bundes- und Lan-



Protestaktion der Gewerkschaften in Thüringen für ein „Aufbauprogramm Thüringen 2000“

desspitzen lassen das allerdings wenig glaubhaft erscheinen. Vogels Anbietung bei der SPD, sich unter oben genanntem Motto — Demokraten wählen Demokraten — gegen die nach seiner Meinung undemokratische PDS zusammenzutun, ist dafür ein nur allzu deutliches Zeichen.

In Suhl, wo der OB-Kandidat der PDS in die Stichwahl kam und die Partei die stärkste Stadtratsfraktion stellt, wird mit allen Mitteln versucht, den Bürgern zu erklären, daß mit Klaus Lamprecht im Rathaus die Katastrophe über die Stadt heranbricht. Dabei liegt die Wahrheit eher darin, daß die CDU Suhl in die Wüste schicken möchte, wenn es dort einen PDS-OB geben sollte. Wie anders sind sonst Diskussionen in dieser Partei zu verstehen, Suhl für den genannten Fall den Status einer kreisfreien Stadt abzuerkennen? Entscheidet die führende Partei — oder entscheiden die Wähler? In Gera gibt es zugegebenermaßen derartige Töne nicht. Wobei auch bei der lokalen CDU die Meinung vorzuherrschen scheint, daß nur eine stabile Mehrheit — sprich eine Koalition mit der SPD und somit die Mehrheit für alle Entscheidungen im Stadtrat — das Wohl unserer Stadt garantieren. Die PDS kapn sich dann als Feigen-

blatt der Opposition profilieren.

Profilierung ist für die PDS eben nicht das vorrangige Thema. Ihr geht es um Sachfragen, die im Interesse der Bürger zu lösen sind. Dazu braucht es keine Koalitionen, keine festen Mehrheiten und schon überhaupt nicht die Politbüro-Lösung „Keine Experimente“. Es braucht dagegen eine sachliche Zusammenarbeit des OB mit allen Fraktionen, weil jeder Stadtrat seine Wähler gleichberechtigt vertreten können muß. Das verstehen wir jedenfalls unter Demokratie.

Wählerschelte, die diese in jene einteilt, die demokratisch und andere, die undemokratisch gewählt haben, halten wir nicht für demokratisch. Was die Gesellschaft, was auch unsere Stadt braucht, das ist das gemeinsame Nachdenken über Veränderungen und über den Weg zu diesen. Dies verlangt offensichtlich vor allem Veränderung im Rathaus. Herr Vogel sollte merken, daß ihm aus Gera Wind ins Gesicht weht, vielleicht wird sich sein Kurs dann etwas in die richtige Richtung ändern. Bleibt alles beim Alten, wird das für ihn kaum Anlaß zum Nachdenken sein.

Dieter Hausold ist Kreis- und Fraktionsvorsitzender der PDS in Gera.

Erdrutsche oder: Zahlen lügen nicht

Von
Dieter Strützel

Vor mir liegen die offiziellen Landesergebnisse der Europawahl in Thüringen. Sie vergleichen die Ergebnisse vom vorigen Sonntag mit den Ergebnissen der Bundestagswahl im Dezember 1990, der letzten Entscheidung der Wählerinnen und Wähler. Es sprechen ebenso gewichtige Gründe für wie gegen ein solches Verfahren. Da es aber das beste Wahlergebnis der Regierungsparteien im Superwahljahr 1990 war, kann niemand darin eine Benachteiligung dieser Parteien sehen. Zumal bei dem Vergleich auch nicht berücksichtigt ist, daß die Zahl der Wahlberechtigten 1994 gegenüber 1990 um 56506 (= 2,8 %) zurückgegangen ist, die bei Verlusten wie Gewinnen eigentlich noch hinzu zu zählen wären.

Während die Medien in ungebrochener Gemeinsamkeit vom Wahlsieg der CDU reden und deren Politiker sich dementsprechend zufrieden geben, lese ich erstaunt die nüchternen Zahlen: Den Koalitionsparteien sind 354921 Wählerinnen und Wähler davon gelaufen. Nach Interpretation der Verliererinnen aus Protest. Das sind immerhin 39,4 %

ihrer Wahlvolks von 1990. Ihr Stimmenanteil ging von 59,8 % auf 40,1 %, also um 32,9 % zurück.

Dabei rechne ich als entschiedener Gegner der 5%-Klausel noch die 4,3 % der FDP hinzu, weil ich im Gegensatz zu dieser liberalen Partei ihren 58043 Wählerinnen und Wählern nicht durch einen solchen Trick das aktive Wahlrecht entziehen möchte, so wie es dank dieser Klausel 439413 Thüringerinnen und Thüringern (= 32,2 % aller gültigen Stimmen zur Europawahl) geschieht.

Verloren die jetzigen Regierungsparteien zwei Fünftel ihres Wahlvolks und ein knappes Drittel ihres Stimmanteils, so vergrößerte sich das Wahlvolk der drei (linken) Oppositionsparteien von 1990 zu 1994 um 118101 (= 21,5 %). Ihr Stimmenanteil wuchs von 36,4 % auf 48,8 %, das heißt um 34,1 %. Sie verfehlten damit zwar knapp die absolute Mehrheit, verfügen aber gegenüber den Regierungsparteien, die ihre absolute Mehrheit deutlich verloren, (ohne die FDP verbleiben der CDU nur 35,6 % der Wählerstimmen), über eine gute relative Mehrheit.

Meinte Herr Schuchardt (Fraktionsvorsitzender der SPD im Thüringer Landtag, d. Red.) diese Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse, als er von einem erdrutschartigen Wahlsieg sprach, was vielen angesichts des Zuwachses der SPD-Stimmen um 22710 (= 6,9 %) und des Anstiegs ihres Stimmenanteils um 3,9 % (= 17,7 %) etwas vollmundig erschien? Warum sagte er es denn nicht? Stören ihn die 105857 zusätzlichen Wählerinnen und Wähler der offenen Liste der PDS (ein Plus von 84,8 %) so sehr, die es der PDS ermöglichen, ihren Stimmenanteil von 8,3 % auf 16,9 % zu verdoppeln?

Warum fordert er nicht die Regierung, die kein Mandat der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat, zum Rücktritt auf? Warum ergreift die SPD als stärkste Oppositionskraft nicht die Initiative für eine Regierung der Opposition?

Gewiß, Herr Schuchardt will keine Koalition mit der PDS. Braucht er doch auch nicht. Die PDS will ihm gar keine Ministerposten streitig machen. Es gibt doch in den Wahlprogrammen der linken Oppositionsparteien genug Über-

einstimmendes, an das er sich nur heran zu wagen braucht, weil er sich doch dabei auf eine hinreichende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler stützen kann, gegen die doch die Abgeordneten der offenen Liste der PDS nie stimmen würden. Gäbe das nicht genügend Veränderungen im Lande, die den Crash-Kurs wenigstens stoppen würden, so wie das eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler erwartet?

Oder glaubt Herr Schuchardt nicht an eine Wiederholung des Wahlergebnisses zu den Landtagswahlen? Oder will er der Regierung vor dem längst fälligen Abdanken jene letzte Lösung offenhalten, die der Herr Vogel ja dem Land Thüringen ersparen will — die Große Koalition? Was dann allerdings erklären würde, warum Bundeskanzler Kohl mit dem Wahlergebnis so zufrieden ist.

Es wäre gut, wenn Herr Schuchardt noch vor dem 16. Oktober zu erkennen gäbe, wer denn nun einen Machtwechsel in Erfurt verhindert.

Dieter Strützel ist Stellvertreter der Landesvorsitzenden der PDS Thüringen.

Von Rot-Grün zu Rot-Grün-Rot

Ohne die PDS geht es nicht mehr
Ein Diskussionsbeitrag

Seit den Europawahlen hört man von Politikern aus Bündnis 90/Grünen und auch aus der SPD, daß das Wachstum der PDS eine realistische Reformalternative verhindere. Vorweg wäre da zu bemerken, daß schon 1992 in Baden-Württemberg die PDS nicht nötig war, damit Grüne und SPD die Mehrheit verfehlten, ebenso wie bei den außertourlichen Kommunalwahlen neulich in München. Warum kann die SPD nicht lohnabhängige Wähler von der CDU/CSU gewinnen? Warum kommen die Verluste der SPD nicht in höherem Maße Bündnis 90/Grünen zugute? Wie geht es zu, daß nach allerlei Hin und Her letzten Endes die konservativen Reaktionen den Hauptstrom der öffentlichen Meinung bestimmen? Was ändert sich im politischen Leben der BRD, wenn die PDS fest Fuß faßt, wie es jetzt aussieht?

Die Rot-Grüne Allianz

Die Entwicklung der Parteienlandschaft in der BRD bis zum Zeitpunkt des DDR-Anschlusses war dadurch geprägt, daß sich mit den Grünen eine neue, ökologische Reformpolitik herausbildete. Die Grüne Opposition entwickelte sich mit dem Modernisierungsschub, den die kapitalistische Industriegesellschaft in den sechziger Jahren erfahren hat. Der Anteil an Bauern und auf Familienbasis Gewerbetreibenden nahm ab, die freigesetzten Arbeitskräfte wurden von der Industrie und der staatlichen Verwaltung aufgenommen. Industrielle und politische Großorganisationen verlangten nach schulisch und univervitär vorgebildeten Kräften. In der wissenschaftlichen Produktion und Verwaltung mußte sich der Gegensatz von zwecksetzender und ausführender Arbeit verschärfen. Die Machthaber im Staat und die Eigner in der Wirtschaft verlangten und verlangten den ganzen Menschen, der selbständig die von ihnen vorgegebenen Zwecke verfolgen soll. Früh, schon in den Bildungsstätten, spürte die werktätige Intelligenz diese Zumutung und suchte nach Schwachstellen in der Legitimation der Monopol- und Marktwirtschaft. Die ökologische Kritik fand heraus, daß die Fabrik, die vorher ideal, als „geschlossenes System“ gedacht wurde, nach allen Seiten hin rinnt. Die technisch-physikalische Vorstellung vom geschlossenen System paßt sehr gut zum Rechtsbegriff des Betriebes als private Sache des Eigners. Die Tatsache der Umweltverschmutzung macht den privaten Betrieb zu einer öffentlichen Angelegenheit. Die Kritik gewinnt einen Platz oberhalb des Eigentums und beurteilt dessen Umtriebe.

Die Konzentration der Kritik auf diesen, den Umweltaspekt der kapitalistischen Wirtschaft, hat auch eine Art Modus Vivendi der kritischen werktätigen Intelligenz mit den Herrschenden erzeugt und gleichzeitig zu einer Distanzierung gegenüber der sozialdemokratisch bestimmten Arbeiterbewegung geführt.

Die Sozialdemokratie hatte in den sechziger Jahren auf die neuen Verhältnisse reagiert. Mit den Losungen „Wohlstand für Alle“ und „Chancengleichheit“ stellte sie ein Regierungsprogramm auf, dessen ganzes Trachten und Streben die Ausweitung der industriellen Produktion war. Das Wachstum der Produktion, verbunden mit technischem Fortschritt, ermöglichte für die arbeitenden Massen „Wohlstand“, im Arbeitsleben mehr gute Posten ohne

Verschleiß, in der Freizeit mehr Güter zum Verbrauch und gleichzeitig für das Kapital hohe Profite.

Der Zusammenstoß der SPD mit der kritischen und ökologischen Bewegung war unvermeidlich. Weil das oben skizzierte Modell „Wohlstand für alle“ selbst die kurze Zeit, die es überhaupt laufen kann, nur läuft, wenn Ruhe und Ordnung herrscht, waren die ersten Maßregeln der Sozialdemokratie ordnungspolitische. Hatten die Sozialdemokraten 1956 das KPD-Verbot geduldet, so wurden sie gegenüber der neuen kritischen Bewegung selbst aktiv. In den Gewerkschaften wurden Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchgedrückt. Im Staat betrieb Willy Brandt im Verein mit den Ministerpräsidenten der Länder die Berufsverbote.

Ein breiter, massenhaft geführter Diskurs zwischen der damaligen Arbeiterbewegung und der kritischen Jugendbewegung wurde im Keim erstickt, die Weichen für eine langdauernde Mißverständigung gestellt. Gleichzeitig entwickelte die bürgerliche Gesellschaft reizvolle Lohn- und Laufbahnangebote. Den Berufsverboten stand ein starker und beständig wachsender Anreiz zur Einordnung in die gesellschaftliche Hierarchie gegenüber.

Wie ist Rot-Grün (im Sinn von SPD/Grüne) im Lauf der Jahre möglich geworden? Der Ökologismus der Grünen hat sich mit der wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik der SPD treffen können im Ziel des ökologischen Umbaus, der, in Deutschland musterhaft ausgeführt, die deutschen Wirtschaft zum Weltmarktführer machen würde. Damit hätte die Angelegenheit eine für die Kapitalisten annehmbare Form gewonnen.

Die realen Gegensätze, vor deren Hintergrund Rot-Grün mit seinen schönen Farben locken will, sind jedoch so schroff, daß die führenden Kreise der BRD-Gesellschaft sich nicht locken lassen wollen. Die SPD muß, bevor sie regierungsfähig wird, zu der Einsicht getrieben werden, daß die von ihr angestrebte wirtschaftlich-technische Vorbildstellung Deutschlands nur mit einer militärisch-machtmäßigen Vormachtstellung verbunden Sinn macht. Die Grünen müssen dazu getrieben werden, daß der ökologische Umbau nur geht, wenn ein großer Teil der Bevölkerung des Landes und der Welt auf Selbständigkeit und Wohlstand freiwillig oder genötigt verzichtet.

Über diese Hürden ist bislang weder die sozialdemokratische Reformbewegung noch die ökologische Kritikbewegung gegangen. Die SPD versagt sich — wenn auch schwankend — den Verfassungsänderungen, die für deutsche Weltordnungspolitik erforderlich wären. Die Grünen sind nicht bereit, die Entrechtung der Eingewanderten in die BRD und die Abriegelung ganzer Weltgegenden zu tolerieren. In den Augen der bürgerlichen Welt ist Rot-Grün nicht regierungsfähig, so lange man offensichtlich die Konsequenzen scheut.

Die Propaganda der konservativen Reaktionen gegen Rot-Grün hat sich in den letzten Jahren zunehmend darauf eingerichtet, das ausgelobte Hauptziel dieser Reformen — ökologische Modernisierung, Umbau usw. — nicht frontal anzugreifen, sondern zu tolerieren, dabei aber um ein Ja! zu den ordnungspolitischen Konsequenzen zu werben. Dadurch vermag die Reaktion, die immer große Zahl der Begünstigten und Hoffenden an ihre Politik zu binden, ohne daß diese Begünstigten sich in Bezug auf gesellschaftliche Fragen nach rechts

außen stellen müssen. CDU, CSU und FDP nehmen ihre Anhängerschaft aus der Diskussion heraus und bringen sie in die Lage kluger Leute, die auf die Bedingungen hinweisen, die vor der Erfüllung der allgemeinen Wünsche stehen.

Probleme von Rot-Grün seit der Annexion der DDR

Mit dem Zerfall des realen Sozialismus und dem Anschluß der DDR ist ein zusätzliches Problem Rot-Grüner Reformpolitik aufgekommen. Da dieser Reformansatz von einer nahezu unbegrenzten Leistungsfähigkeit richtig eingesetzter Markt- und Geldwirtschaft ausgeht, leidet er mit unter dem offensichtlichen Versagen dieser Ordnung bei den östlichen Nachbarn und auf dem Gebiet der früheren DDR.

In einem sehr verwinkelten Sinne besteht am Ende doch ein Zusammenhang zwischen dem Aufkommen der PDS und den Schwierigkeiten, Rot-Grün als Regierungsvariante zu etablieren. Der Zerfall des realen Sozialismus, der zuerst ein bloßer Triumph der kapitalistischen Ordnung schien, hat sich sehr schnell als deren Bewährungsprobe herausgestellt. Die kapitalistische Wirtschaft, die in der freien Welt bereits bei der Entwicklung der Länder der dritten Welt versagt hatte, versagt nun neuerlich. Das Rot-Grüne Reformkonzept der ökologischen Modernisierung basiert aber auf dem Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft, dies ist der Topf, in dem die Blume wachsen soll.

So steht Rot-Grün gleich nach zwei Seiten hin im Diskredit. Nach der bürgerlichen Seite hin, weil antihumane, antisoziale Konsequenzen gescheut werden, nach der Reformseite hin, weil Zweifel über die Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Systems, auch als Rahmenbedingungen gesehen, aufkommen. Aus der breiten gesellschaftlichen Anschauung, aus der offensichtlichen Berechtigung solcher Zweifel erklärt sich die Festigung der PDS als sozialistischer Reformpartei.

Die Politik in den modernen kapitalistischen Ländern besteht sehr wesentlich in der Kunst der selektiven Krisenbewältigung, die die werktätige Bevölkerung in ein Gemenge aus Minderheiten zerlegt. Es entstehen Parteien, die mit Lebensvorstellungen und Lebensrealitäten zusammenfallen, Szene- oder Milieuparteien, deren Denken sich in einem beständigen Bezugnahme auf eben diese Lebenssituationen formt. Es läßt sich beobachten, wie sich die Sozialdemokratie zu einer Partei aufstiegsorientierter Arbeiter und Angestellter geformt hat. Obwohl die SPD sich immer noch als Arbeiterpartei versteht, spielt der Repräsentationsgedanke im Parteileben und bei der Aufstellung der Listen fast keine Rolle mehr. Man muß schon etwas im bürgerlichen Sinn „sein“, um bei der SPD was zu „werden“. Die Grünen waren noch nie etwas anderes als eine Partei der werktätigen Intelligenz, die sich gegen die Fremdbestimmung aufbäumt. Obwohl die Tatbestände der Benachteiligung und Ausgrenzung durchaus gesehen werden, ist die Partei in ihrer ganzen Anlage zum gesellschaftlichen „unten“ hin fest abgedichtet.

Die PDS als Sammlung für Solidarität und Humanität

Anders als die SPD und die Grünen, de-

ren Parteileben durch eine Bindung an das gesellschaftliche Leben bestimmt ist, hat sich nach dem Anschluß der DDR die PDS entwickelt.

Die Struktur der Ausgrenzung, die im vormaligen Westen durch die Ausländerpolitik politisch abgefangen worden ist, hat mit dem Versagen der Marktwirtschaft im Osten große Massen getroffen. Die bürgerlichen Analytiker sprechen von der Partei der Zu-Kurz-Gekommenen usw., aber das trifft die Sache nicht. Es handelt sich vielmehr um Zeugen eines vielseitigen und vielschichtigen Versagens der Marktwirtschaft. Viele Menschen im Osten waren nicht bereit, Grundeinstellungen wie Solidarität aufzugeben. Zwar haben sich viele, wohl auch eine große Zahl ehemaliger SEDler, bedenkenlos in die Konkurrenz gestürzt, aber eben nicht alle.

Die Ausgrenzung trifft den Menschen immer unter einem besonderen Aspekt, der leistungsmäßigen Unbrauchbarkeit, der ideologischen Unzuverlässigkeit, der kulturellen Andersartigkeit usw. usf. Die politische Verarbeitung solcher Tatbestände ist nur in einer Partei möglich, die ein Nebeneinander und Miteinander von Meinungen nicht nur duldet, sondern bis zu einem gewissen Grade sogar kultiviert. Die abwertende Bemerkung vom Sammelbecken trifft die Sache nicht, da hier nicht irgend etwas zusammenläuft, sondern Menschen nach gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten suchen wollen, bei denen Solidarität und Humanität gewahrt bleiben.

Zusammenfassend: Selbstverständlich wird es in der modernen industriellen, hierarchisch gegliederten Gesellschaft Menschen geben, die sich von der Vorstellung der Laufbahn in dieser Hierarchie nicht trennen, aber als arbeitende Menschen im Gegensatz zur Herrschaft des Eigentums stehen und nicht auf dem Altar von Krisen und Mißmanagement geopfert werden wollen. Die SPD hat sich in ihrer Rekrutierungspolitik so stark auf dieses Milieu konzentriert, daß sie mit ihm verwachsen ist und seine gesellschaftlichen Vorstellungen thematisiert. Die Grünen haben sich als Partei der werktätigen Intelligenz etabliert, die gegenüber der Industrie einen Führungsanspruch entwickelt, die zur Herrschaft drängt und mit den Mitteln des Marktes wirken will, wobei die sozialpolitischen Auswüchse abgefangen würden. Wegen der Entrechtung der Ausländer konnte sich eine Partei, in der ohne übertriebene Bindungen an die bestehende Gesellschaft über was neues nachgedacht werden könnte, bisher nicht bilden. Das hat sich mit dem DDR-Anschluß geändert.

Wer auch immer heute Reformpolitik entwickelt, muß wenigstens von einer partiellen Leistungsschwäche der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ausgehen. Rot-Grün-Rot kann sich im Kampf um die öffentliche Meinung durchsetzen, wenn und so weit die Ansätze zur Veränderung im gesellschaftlichen Leben aufgespürt und gefördert werden. Prosaisch: genossenschaftliche Wohnungswirtschaft und genossenschaftliche Landwirtschaft sind, wenn sie in ein Reformkonzept eingebaut werden, zum Anfangen schon mal riesige Brocken! Reformpolitik kann aus dem Schaufenster im Markt der Möglichkeiten, wo man hier ein Wind- und da ein Wasserrad ausstellt, heraustreten ins Leben. — (maf)

Schönhuber sieht sich keineswegs am Ende

Wie bewerten Republikaner, DVU und andere Rechte ihre Europawahlergebnisse?

Die neofaschistischen Organisationen und Gruppen sind über das Europa-Wahlergebnis geschockt. Zwei einflussreiche Zeitungen unter den rechten Anhängern kommentieren wie folgt: Die *Junge Freiheit* sagt: „Jetzt bleiben wir eben bei Kohl“ und die *Nationalzeitung* fragt: „Gewinnt Kohl wieder (die) Mehrheit im Bundestag?“. Beide Blätter machen die Spaltung im rechten Lager dafür verantwortlich. Dr. Freys *Nationalzeitung* macht Schönhuber verantwortlich: „Schönhuber muß aber jetzt nach der neuerlichen Wahlniederlage des vorigen Sonntags auch ernsthaft überdenken, ob sein Konzept der ständigen Abgrenzerei, ja sogar der Attacken gegen andere Kräfte der demokratischen Rechten noch durchzuhalten ist ... Soll der Alleingang nicht endgültig zum politischen Amoklauf ausarten, muß bald ein Umdenken in der Rep-Spitze einsetzen. Bei Halsstarrigkeit „oben“ muß die Basis von unter Druck machen.“ (1)

Die *Junge Freiheit* addiert und sagt, 3,9 % Rep und 1,1 % Bund Freier Bürger macht 5%: „Nur zusammen hätten die beiden nationalpopulistischen Listen mit ihrer Forderung nach ‚Volksabstimmung für Maastricht‘ die fünf Prozent vielleicht knapp geschafft ... Die Wähler haben die Europawahl schließlich doch nicht mehr als Abstimmung über die DM angesehen, sondern als Entscheidung im Sympathie-Wahlkampf von Kohl und Scharping.“ (2)

Diesen Zitaten ist aber auch zu entnehmen, daß die Konkurrenz im rechten Lager vorerst weitergehen wird. Kaum vorstellbar, daß sich Schönhuber und Dr. Frey in München an einen Tisch setzen und Bündnisse schmieden. Schönhuber macht auch keine Anzeichen dafür. Das Wahlergebnis entsprach „nicht den Erwartungen der Partei“, erklärte er und machte die Medien und den politischen Gegner für das Wahlergebnis verantwortlich:

„Die Ursachen für den niedrigen Stimmenanteil sehen die Republikaner in einer beispiellosen Kriminalisierungs- und Stigmatisierungskampagne,

mit der Wähler und Anhänger der Partei eingeschüchtert wurden.“ (3)

Für den Leser etwas verblüffend stellt Schönhuber dann aber gleich fest: „Da diese Kampagne sich totzulaufen beginnen, rechnet die Partei bei den anstehenden Landtagswahlen und der Bundestagswahl mit einem deutlichen Aufschwung. Die Wahlanalysen zeigen, daß die Anhänger der Republikaner nicht zu den Altparteien zurückgekehrt sind.“ Zwar haben die Republikaner bei den Landtagswahlen Sachsen-Anhalt nur 1,3% bekommen. Gegenüber den letzten Landtagswahlen ist das eine Verbesserung (0,6%) und gegenüber den Europawahlen eine Verschlechterung (2,8%) — spricht eine Stabilisierung.

Die Republikaner haben ganz erhebliche Einbrüche bei ihren Anhängern, nämlich bei den ganz jungen Leuten. Eine Wahlstatistik über das Kölner Europawahl-Ergebnis (4) besagt, daß die Republikaner in der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre überdurchschnittlich viel

Stimmen verloren haben. Minus 3,2% bei den Männern und minus 4% bei den Frauen. Bei den Frauen dieser Altersgruppen werden die Republikaner gar nicht mehr gewählt. Eine stabile Anhängerschaft kann Schönhuber aber bei den älteren, zumeist verrenteten Männern verzeichnen. In dieser Altersgruppe wählten 7,5% REP. Hier verloren die Republikaner nur 0,3%.

Insofern ist Schönhubers Optimismus zur Hälfte für die Medien gemacht, aber zur anderen Hälfte eine ernsthafte politische Gefahr für die Linke, die man nicht unterschätzen sollte. Mit antifaschistischen Argumenten ist es anscheinend nicht gelungen, alle Gruppen der Gesellschaft zu erreichen und zu überzeugen. Zumal mit der nachgewiesenen Beteiligung von Republikanern an den Mordanschlägen gegen Flüchtlinge und Ausländer jedem Wahlberechtigten bekannt sein mußte, daß die Republikaner keine rechte bürgerliche Protestpartei sind, sondern eine faschistische

Organisation, die gegen Einwohner dieses Landes mit allen Mitteln vorgeht. 3,9% für eine solche Politik zeugen von mehr als einem kleinen harten Kern alter unbelehrbarer Männer.

Dazu kommt, daß die Faschisten sich auf die europäischen Erfolge von Le Pen und die italienischen Neofaschisten stützen können. Die Politik von Dr. Freys DVU zielt auch deshalb darauf ab, eine rechte Bewegung im europäischen Maßstab aufzubauen. Nicht zufällig bemerkte die *Nationalzeitung*:

„Vor allem aber ist der 12. Juni ein Anlaß zur Freude über den Beitritt des zweiten deutschen Staates zur Europäischen Union.“ Gemeint ist Österreich. Zu gemeinsamen Auftritten von Haider, Brunner und Gauweiler ist es bereits gekommen. Und eben dieser Gauweiler konnte die SPD bei den Kommunalwahlen in München in die Opposition schlagen.

(1) *Nationalzeitung*, 17.6.94; (2) *Junge Freiheit* Nr. 25/94; (3) Erklärung vom 14.6.94; (4) *Kölner Statistische Nachrichten* — (jöd)

Alter	Stimmenanteil (%) und Prozentdifferenz gegenüber der Europawahl 1989									
	SPD		CDU		GRÜNE		F.D.P.		REP	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Männer										
18 - 24 Jahre	33,1	-8,6	26,1	3,8	25,5	8,4	4,5	-2,7	3,8	-3,2
25 - 34 Jahre	32,4	-7,7	24,9	5,3	27,7	1,8	4,0	-2,9	3,5	-0,9
35 - 44 Jahre	36,5	-7,1	19,5	-3,2	29,9	12,3	7,2	0,3	4,8	-1,8
45 - 59 Jahre	42,2	-2,4	33,1	0,7	10,8	4,9	6,8	-0,1	4,7	-2,7
60 Jahre und älter	44,6	1,1	37,9	0,9	3,5	1,2	4,2	-0,9	7,5	-0,3
Zusammen	38,9	-4,0	29,4	1,3	17,4	5,1	5,5	-1,0	5,1	-1,6
Frauen										
18 - 24 Jahre	31,5	-11,9	21,0	0,1	35,2	14,3	8,0	0,3	-	-4,0
25 - 34 Jahre	34,8	-9,2	17,3	0,8	38,8	9,9	5,4	-	0,5	-2,0
35 - 44 Jahre	38,0	-6,9	19,3	-4,1	32,7	14,3	5,5	-1,5	1,3	-1,9
45 - 59 Jahre	39,8	-4,8	36,1	-0,3	12,6	7,0	6,8	-0,5	1,6	-1,8
60 Jahre und älter	40,5	-4,3	46,1	3,2	2,7	1,2	4,8	-0,2	2,7	-0,5
Zusammen	38,1	-6,4	31,8	-	19,4	7,8	5,8	-0,4	1,6	-1,6
Insgesamt										
18 - 24 Jahre	32,3	-10,2	23,5	1,9	30,4	11,4	6,3	-1,1	1,9	-3,6
25 - 34 Jahre	33,7	-8,3	21,0	2,9	33,3	6,0	4,7	-1,5	1,9	-1,5
35 - 44 Jahre	37,3	-7,0	19,4	-3,6	31,3	13,3	6,4	-0,6	3,1	-1,6
45 - 59 Jahre	40,9	-3,6	34,7	0,3	11,7	6,0	6,8	-0,3	3,1	-2,3
60 Jahre und älter	42,1	-2,2	42,8	2,1	3,0	1,2	4,5	-0,5	4,6	-0,3
Zusammen	38,5	-5,2	30,7	0,6	18,5	6,6	5,6	-0,7	3,2	-1,6

Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen - Statistisches Informationssystem

TERMINE

21.7. bis 24.7. Linke Sommerschule in Schnepfenthal, Thüringen. Themen: Philosophie: Auseinandersetzung mit der Postmoderne; Geschichte: verschiedene Richtungen im antifaschistischen Widerstand; Wirtschaft: liberale Wirtschaftstheorie / Tarifpolitik am Scheideweg / Marxistische Grundrententheorie. Anmeldungen bis 15. Juli an: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. (040) 381393 (für Interessierte aus dem Westen); Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. (0365) 7101988 Wahlkreisbüro Gera MdL Michael Gerstenberger, Amthorststr. 11, 07545 Gera, Tel. (0365) 813130.

11.9. Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen

25.9. Landtagswahlen in Bayern

16.10. Bundestagswahlen, Landtagswahlen in Thüringen, Kommunalwahlen in NRW

22./23.10. Herbstkonferenz der BDK des BWK in Köln

Urabstimmung im BWK-Landesverband Niedersachsen / Bremen

Die Mitgliederversammlung des Bund Westdeutscher Kommunisten, Landesverband Niedersachsen/Bremen, hat am 25. Juni 1994 beschlossen, sich mit der „Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS/LL Niedersachsen/Bremen“ zur „Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Niedersachsen/Bremen“ zu verschmelzen und darüber eine Urabstimmung durchzuführen.

Die Unterlagen für diese Urabstimmung werden spätestens bis zum 8. Juli 1994 an alle Mitglieder verschickt. Die ausgefüllten Stimmzettel müssen bis zum 15. August 1994, 18 Uhr, bei dem vom Bundesvorstand des BWK beauftragten Rechtsanwalt eingegangen sein. Wer bis zum 15. Juli 1994 keine Unterlagen erhalten hat oder Fragen zur Durchführung der Urabstimmung hat, kann sich an den Bundesvorstand des BWK wenden (Anschrift: Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel.: 0221/216442).

Der Text der Urabstimmung lautet:

„Der Landesverband Niedersachsen/Bremen des BWK verschmilzt sich mit der „Arbeitsgemeinschaft BWK in der PDS/LL Niedersachsen/Bremen“ zur „Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Niedersachsen/Bremen“. Das Vermögen des Landesverbandes Niedersachsen/Bremen des BWK geht mit der Verschmelzung auf die „Arbeitsgemeinschaft Bund Westdeutscher Kommunisten bei der PDS/LL Niedersachsen/Bremen“ über.“

Ich stimme mit Ja/Nein/Enthaltung.“

Die Auszählung der Stimmen durch den Rechtsanwalt findet am 17. August 1994 um 18.00 Uhr im Büro des GNN-Verlags in 30165 Hannover, Grenzweg 4, statt. Sie ist für die Mitglieder des BWK in Niedersachsen/Bremen öffentlich.

Hiermit ist die Urabstimmung ausgeschrieben.

— (BWK-Bundesvorstand)

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Staschitz (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikowstr. 5, 10829 Berlin).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Staschitz; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/216458, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/216458, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Czernikowstr. 5, 10829 Berlin, Tel. 030/7815222, Fax: 030/7848925.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/216458, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Die Widerstandsorganisation Harnack/Schulze-Boysen

Eine Ausstellung im Kölner Stadtmuseum

Im Kölner Stadtmuseum wurde eine Ausstellung über eine der wichtigsten und größten Widerstandsgruppen gegen die Nazidiktatur gezeigt. Über die Geschichte der Harnack/Schulze-Boysen-Organisation wird berichtet unter dem Ausstellungstitel „Rote Kapelle. Ein Portrait der Widerstandsgruppe in Fotografien und Selbstzeugnissen“.

Der Titel „Rote Kapelle“ wird den umfassenden Widerstandstätigkeiten der Menschen dieser Organisation nicht gerecht, denn er stellt die Gruppe hin einzig als Teil des militärischen Nachrichtendienstes der Sowjetunion. Die Weitergabe von militärischen Informationen, so des Termins des Überfalls der Nazi-Wehrmacht auf die Sowjetunion, war ein Teil ihrer vielfältigen Anstrengungen, die Terrorherrschaft der Nazi-Diktatur beseitigen zu helfen. Die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in Berlin, in deren Umkreis diese Ausstellung erarbeitet worden ist, hatte schon früher diesen Versuch des Auf-die-Seite-Schiebens und der Abstempelung in einem Übersichtsblatt zur Harnack/Schulze-Boysen-Organisation zurückgewiesen: „Ende der dreißiger Jahre nehmen die Mitglieder der zunächst weitgehend voneinander unabhängigen Widerstandsgruppen um Harnack und um Schulze-Boysen Verbindung miteinander auf. Allmählich entsteht so ein größerer Kreis von Regimegegnern, der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und politischer Ziele vereinigt. Die Methoden ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus sind vielfältig. Über ihren Berliner Kreis hinausgreifend wenden sie sich an die Öffentlichkeit, verbreiten Flugblätter und Klebezettel und nehmen schließlich Kontakt zu Gleichgesinnten in anderen Teilen Deutschlands auf. Ab 1941 werden auch militärisch wichtige Nachrichten über Funk an die Sowjetunion weitergegeben.“

Im Sommer 1942 wird die Widerstandsorganisation um Harnack und Schulze-Boysen aufgedeckt. Die Gestapo ermittelt gegen sie unter dem Sammelnamen „Rote Kapelle“ und will sie vor allem als eine Spionageorganisation der Sowjetunion beurteilt wissen. Diese Bezeichnung für die Gruppen um Harnack und Schulze-Boysen, die sie auf den Kontakt zum sowjetischen Nachrichtendienst reduziert und ihre tatsächlichen Beweggründe und Ziele verfälscht, prägt auch später ihr Bild zu Unrecht. Ende 1942 fällt das Reichskriegsgericht die ersten Todesurteile. Insgesamt werden mehr als fünfzig Mitglieder dieser Organisation ermordet. Soweit das Übersichtsblatt, das in der Ausstellung zum Mitnehmen ausliegt.

In den Gruppen um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen hatten sich Menschen unterschiedlicher und auch gegensätzlicher politischer Anschauungen und verschiedener sozialer Herkunft zum Kampf gegen die Nazi-Diktatur zusammengefunden. Die Ausstellung hat ihre Stärke darin, daß sie die Personen in dem Unterabschnitt „Kindheit und Jugend = Herkunft und Einflüsse“ genau erkennbar macht. Als Beispiel: Schulze-Boysen wächst als Sohn eines kaiserlichen Kriegsmarineoffiziers auf, Hans Coppi in einer Berli-

ner Arbeiterfamilie. Coppi tritt 1932 der kommunistischen Jugendorganisation bei, Schulze-Boysen wird im Alter von fünfzehn Jahren 1923 Mitglied des „Jungdeutschen Ordens“. Dieser „Jungdeutsche Orden“ ist Teil der völkisch-nationalistischen Kräfte, die die Beseitigung der Weimarer Demokratie als Ziel haben und eine faschistische Volksgemeinschaftsdiktatur anstreben. Der „Jungdeutsche Orden“ stellte sich im September 1923 der Putschtruppe Ludendorffs zur Verfügung und drängte in einer Entschloßung vom 2. November 1923 den von Reichswehrputschisten zum bayerischen „Regierungskommissar“ erklärten v. Kahr, „daß Ew. Exzellenz endlich den Befehl zum Einsatz aller kampfbereiten Kräfte geben!“ (Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, 1984, Seite 436). Ludendorff und v. Kahr bereiteten mit Hitlers NSDAP in Bayern einen Putsch gegen die Reichsregierung vor.

Ausstellung untersucht nicht den politischen Werdegang

In dem Ausstellungsabschnitt „Weiterführung und Leben in der Weimarer Republik“ weisen die Verfasser der Ausstellung auf diese konkreten Zusammenhänge nicht hin und zeigen nicht auf, daß die Politik, für die Schulze-Boysen eintrat, auf die Beseitigung der Weimarer Demokratie und die Errichtung einer Volksgemeinschaftsdiktatur zielte. Diese antidemokratischen, völkisch-faschistischen Ziele und Anschauungen werden in dieser Ausstellung mit keinem Wort kritisch untersucht. Im Gegenteil: Die Beseitigung der Weimarer Demokratie wird freundlich-verständnisvoll kommentiert. Auf einer Texttafel schreiben die Aussteller über Schulze-Boysen, der im Jahr 1929 als „Vertreter der nationalen Studenten“ in die Freiburger Studentenvertretung gewählt wird: „Er sucht nach einem Ausweg aus der Krise der Weimarer Gesellschaft.“

War es nicht vielmehr so, daß die völkischen Faschisten und Nationalisten aller Schattierungen die Krise der Weimarer Republik mit allen ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln vorantrieben? Diese suchten doch keinen Ausweg für die Weimarer Republik, sondern sie suchten, wie sie erfolgreich die Weimarer Republik zerstören konnten!

Schulze-Boysen wurde 1932 Herausgeber des Blattes „gegner. Zeitschrift für neue Einheit“. Diese Zeitschrift kritisierte, bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit der NSDAP, da sie ja alle „Sozialisten“ seien, daß die Nazis eine Partei organisiert hatten und mit den konservativen Kapitalkräften in der „Harzburger Front“ zusammengingen. In einer als Dokument ausgestellten Nummer des „gegner“ vom 15.3.1933 begrüßt Schulze-Boysen die „Ausrottung“ der politischen Gegner, damals in der Mehrheit die Inhaftierung und Ermordung von Mitgliedern der organisierten revolutionären Arbeiterbewegung, und fordert die Nazis zur Zusammenarbeit mit denen auf, die zwar teilweise andere Ansichten hätten, aber ebenfalls „eine sozialistische Weiterentwicklung der deutschen Dinge“ in



Oda Schottmüller

Foto der Geheimen Staatspolizei, September 1942
Geboren am 9. Februar 1905 in Posen
Ermordet am 5. August 1943 in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee



Frida Wesolek, geb. Hübner

Foto der Geheimen Staatspolizei, 1942
Geboren am 3. September 1887 in Sommerfeld/Niederlausitz
Ermordet am 5. August 1943 in der Hinrichtungsstätte Berlin-Plötzensee

Form der Volksgemeinschaftsdiktatur wollten. Erschreibt:

„Wir alle sind Sozialisten (...) Der Reichsminister Göring sprach davon, daß es ihm nicht um die Ausübung der Gerechtigkeit gehe, sondern einzig und allein darum, seine Feinde zu vernichten und auszurotten. Diejenigen, die ausgerottet werden mußten und sollten, sind ja längst verschwunden oder außerhalb der Reichsgrenzen. Ihre Rolle ist für immer ausgespielt (...) niemand wird ihnen eine Träne nachweinen. Aber diejenigen, die nun bleiben, die nicht überlaufen, sondern weiter kämpfen — wie ist es mit ihnen? Verfolgt sie weiter, (...) rötet sie aus (...) — und Ihr werdet sie nicht ausrotten oder bekehren, sondern Ihr werdet Haß ernten. Und ein Volk, das (!) durch Haß entzweit ist, kann nicht wieder hochkommen. Wollt Ihr das? Steht Ihr wirklich all den subalternen Geistern, den Leuten, die schnell und mühelos zur neuen Fahne überlaufen, weil sie nie für eine Fahne geblutet haben, näher als dem Arbeiter der roten Front, der seinen Stolz hat und seine Überzeugung und seinen Trotz!“

Die Nazis verfolgten die Vertreter anderer völkisch-faschistischer Richtungen. Kurz nach diesem politischen Kommentar nahmen SA-Trupps Schulze-Boysen fest und schlugen ihn brutal zusammen. Vor seinen Augen ermordeten diese Nazis einen von Schulze-Boysens Mitarbeitern bei der Zeitschrift „gegner“.

Da die Verfasser der Ausstellung nicht imstande waren oder unterließen, die völkisch-faschistischen Ansichten Schulze-Boysens darzustellen und kritisch zu analysieren, sondern sie eben nur als „Auswegsucher“ in gedanklichen Nebel hüllen, können sie auch nicht darlegen, wie und warum Schulze-Boysen und ihm gedanklich Nahestehende die Widerstandsarbeit zusammen mit Leuten aufnahmen, die grundsätzlich über die politischen Ziele andere Ansichten hatten. Es wird in der Ausstellung nicht klar, ob und wie Schulze-Boysen seine völkisch-faschistischen Ansichten kritisch änderte und untersuchte, daß er die Nazi-Diktatur selber mitherbeiführen half, welche Ansichten er z.B. in den Diskussionen über die

Flugblatttexte vertrat, die er zusammen mit Mitgliedern der KPD erarbeitete. Die Aussteller werden deshalb der Entwicklung und dem tatsächlichen Werdegang dieser Personen nicht gerecht. Es ist wohl kein Zufall, daß der Titel „Rote Kapelle“ genommen wurde, was die unzureichende Aufarbeitung der Geschichte dieser Widerstandsorganisation anzeigt, insbesondere was das Zusammengehen verschiedener politischer Kräfte im Kampf für die Niederlage der Nazi-Herrschaft angeht.

Die Völkermord-Verbrechen der Nazis aufgedeckt

Die Harnack/Schulze-Boysen-Organisation verstärkte ihre illegale publizistische Arbeit, als sie über die Mord-Verbrechen der SS-Gruppen und der Wehrmacht an der russischen Bevölkerung genaue Informationen bekam. Die Widerstandskämpferinnen und -kämpfer setzten alle ihre Kräfte dafür ein, daß diese Verbrechen bekanntgemacht wurden. Die Breite der Verteilung ihrer Schriften, z.B. das sechseitige Flugblatt „Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk!“ beunruhigte die Nazis, denn diese Schrift z.B. wurde an alle Wehrkommandos verschickt. Die Verfolger mußten in diesem Fall die Nachforschungen ergebnislos aufgeben.

Die genannte Schrift, die faksimiliert in der Ausstellung kostenlos ausliegt, ist von Schulze-Boysen und Mitgliedern der KPD inhaltlich zusammen erstellt worden. In ihr wird die Anklage geführt: „Im Namen des Reiches werden die scheußlichsten Quälereien und Grausamkeiten an Zivilpersonen und Gefangenen begangen. Noch nie in der Geschichte ist ein Mann so gehaßt worden wie Adolf Hitler. Der Hass der gequälten Menschheit belastet das ganze deutsche Volk.“

Eine gute Ergänzung zu dieser Ausstellung ist es, von Peter Weiss den Roman „Ästhetik des Widerstands“ zu lesen. In ihm schildert P. Weiss das Leben und die Widerstandsaktivitäten zahlreicher Mitglieder der Harnack/Schulze-Boysen-Organisation. — (gba)

Beweisnot kennt kein Rechtsgebot

Staatsanwaltschaft auf krummen Wegen

Am Donnerstag, den 23.6., wurde in Augsburg der erste der Prozesse gegen Kurden eröffnet, die gegen das Verbot ihrer Newrozfeier in der Dampfbläserhalle protestiert hatten. Die Art der Verfolgung, der Inhaftierungen und vor allem die Äußerungen der reaktionären Politiker machen deutlich: Das Ziel, die unbedingte Ausweisung, ist klar. Andererseits weisen Aktionen wie der Überfall auf die Redaktionsräume der Augsburger Allgemeinen darauf hin, daß die Behörden erhebliche Beweisnöte haben, dies Ziel auf geradem Wege zu erreichen. Inzwischen sind noch 19 Kurden in Bayern und Baden-Württemberg inhaftiert. Einige wurden freigelassen, andere wurden jetzt „aufgrund von Polizeivideoaufnahmen“ verhaftet.



Der Skandal oder Photographieren leicht gemacht,

Früher war's noch kompliziert
Ohne Photographie
hat sich ein Video mal engagiert
Dann fanden sie ihn nie
Doch heute ist man sehr perfekt
Der Spitzel hat es leicht
Hat er mal seinen Feind entdeckt
Ein kleines Foto reicht!

Es gibt da viele Photographen
Sie haben etwas drauf
Und andere, die ständig schlafen
Sie wachen gar nicht auf
Staatsanwalt und Polizei
Photographieren auch gerne
Doch schlechte Fotos sind dabei
Unscharf, geknipselt von Fernen

Die hat's o problem mit Video
Fortgeschritten, genial
Doch fehlt ihnen trotz Stereo
Ein gutes Material
Dum gehen sie zu den Journalisten
Und Zeitungsfotographen
Weil sie das Material vermissen
Um Leute zu bestrafen

Der Staatsanwalt, die Staatsanwältin
Das ganze lot zum Lachen
Dum geht's um gute Fotos nur
Sie sind re Leute machen
Er stellt zwar eig ne Kamera an
Das lösen sie ja schon
Trotzdem durchsucht der gute Mann
Die Zeitungsdirektion

Ich bitte dich, O Staatsanwalt
Willst du photographieren
Dann bitte nicht mit Staatsgewalt
Die war's denn mit Studieren
Ein Studium auf der SS
Dafür zahl'n wir gern Steuer
Du knipsel dann selber wunderbar
Und uns kommt's nicht so teuer



Für alle gilt, daß der Staatsapparat gegen sie den Prozeß machen will bzw. jederzeit eröffnen kann. Es sind bisher Einzelverfahren geplant. Man hat also aus dem Düsseldorfer Massenprozeß gegen Kurden gelernt, daß derartiges mit zu großem Aufwand und verglichen damit zu geringem Erfolg für die beteiligten Behörden verbunden ist. Man will zu schnellen Verurteilungen kommen, um anschließend auszuweisen.

Betroffen sind Kurden, die ein laufendes Asylverfahren haben, deren Asylverfahren abgeschlossen ist — also anerkannte Asylbewerber, aber auch Menschen mit „verfestigtem Aufenthalt“ (z.B. Kurden, die eine Arbeits- und eine Aufenthaltserlaubnis haben).

Die besondere Verschärfung, die hinter diesem Ziel der Ausweisung auf jedem Fall steckt, ist die Tatsache, daß damit aus der BRD Menschen ausgewiesen werden sollen, die dieser Staat zuvor als politische Gegner des Staates verurteilt hat, in den er sie ausweist. Inzwischen zweifelt wohl niemand mehr daran, daß diese Menschen unmittelbar nach ihrer Zwangsankunft in der Türkei weiter verfolgt, verhaftet, gefoltert

und viele auch getötet werden. Es würde dadurch auch noch der letzte Rest des Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte außer Kraft gesetzt. Mehr noch: Die Bundesrepublik würde zur Ermittlungs- und Auslieferungsbehörde des türkischen Staates.

Im Umfeld der Proteste gegen die Rep-Kundgebung am 27.5. auf dem Rathausplatz wurden nacheinander drei Frauen von der Polizei festgehalten, z.T. mit auf die Wache genommen oder mit der Behauptung konfrontiert, gegen sie würde in Sachen Unterstützung der Kurden bei ihren Newrozprotesten bzw. Behinderung der Polizei dort ermittelt. So soll wohl Solidarität von Deutschen aufgeweicht und eventuelle Zeugen für Kurden eingeschüchtert werden.

Einigen der angeklagten Kurden wurden Pflichtverteidiger beigelegt, obwohl sie bereits einen Verteidiger ihrer Wahl hatten. Die Verfahren sollen keinen Aufschub bekommen — auch nicht, wenn die meist nicht in Augsburg ansässigen Verteidiger verhindert sind. Wie günstig für die Strafverfolger, wenn dann auch noch der Rechtsanwalt, den sich der Angeklagte gewählt hat, die

Verteidigung als Akt der Solidarität und nicht nur des Geldverdienens versteht, der Pflichtverteidiger aber vom Gericht ausgewählt wurde.

Die Ermittlungsbehörden kommen auch dadurch in Beweisnöte, daß die von der Polizei vor der Dampfbläserhalle und auf der Autobahn angefertigten Videos wenig aussagefähig sind. Trotz gegenteiliger Behauptung — einige Verhaftungen wurden mit der Begründung, daß jemand vom Video wiedererkannt worden sei, durchgeführt — sind darauf wohl kaum Menschen zweifelsfrei zu erkennen. Deshalb wurden am 16.6. die Räume der AZ und die Wohnung eines Fotografen durchsucht und Fotos sowie Filmstreifen beschlagnahmt. Die Redaktion hat sofort Beschwerde eingelegt, weil die Journalisten nicht „als inoffizielle Hilfskräfte“ der Ermittlungsbehörden erscheinen wollen. Der Deutsche Presserat will sich an die Konferenz der Justizminister wenden. Protestiert haben SPDler, Grüne, der Deutsche und der Bayerische Journalistenverband. Die IG Medien hat erklärt, sie befürchte hier allmählich „Verhältnisse wie in der Türkei“. — (jol)

„Magista Maza“ singt

Man kennt das Augsburger Bürgerfest als eine Gelegenheit, wo sich gut Betuchte unters Volk mischen, die ortsansässige Gastronomie sich eine goldene Nase verdient und diverse Sorten Schausteller und Musikanten versuchen, ihr Elend zu versilbern.

Magista Matza, der Bänkelsänger, tanzt hier etwas aus der Reihe, schlicht indem er diese Umstände thematisiert. Das Publikum polarisiert sich sofort, wenn er sein lästerndes Organ erhebt auf die alten und neuen Verhältnisse. Es gibt viel spontane Sympathie und es gibt welche, die instinktiv die Nase rümpfen und rasch das Weite suchen, so der Bürgermeister, der just in dem Moment vorbeikam, als Matza vom „langen Furz des Bürgermeisters“ sang. Und es gibt ausgesprochene Liebhaber, die die täglich neuen Lieder druckfrisch auf Bütteln erwerben, ihn literarisch beraten oder sonst wie unterstützen.

Was macht die Sache so attraktiv? Der mittelalterliche Touch des Bänkelsängers und der traditionelle Spott auf die Obrigkeit? Die oft politischen Bezüge, z.B. „Ötzi war ein Europäer“ oder „Schwarzer deutscher Montag“ (der Tag nach der Europawahl) — bis hin zur direkten Parteinahme für linke Politik? Oder herzerfrischendes Blödelbarden-tum, lyrische Reminiszenzen an berühmtere Dichter, lautstark-imposanter Vortrag?

Auch verarmte Musiker, die auf dem Trottoir in Turnschuhen Solokonzerte geben, verkörpern nicht nur Elend sondern auch Widerstand. Sie sagen z.B.: „Im Konzertsaal spielen kann jeder!“ oder „Es ist wieder soweit. Jetzt müssen wir wieder durch Europa ziehen.“ Wo bei dieses „wieder“ zu denken gibt. Auch der Bänkelsänger glaubt, die Zeit der Bänkelsänger sei wieder gekommen, mit allem was das bedeuten mag. Seine aufrührerischen Botschaften lauten etwa: Meide den Betrieb! Sei Dein eigener Herr! Er muß diese Botschaften verkörpern wie der Straßenmusiker, um glaubwürdig zu sein. Aber er kann mehr dafür tun, er kann öffentliche Diskussionen anzetteln bzw. öffentliches Nachdenken verursachen. Der existenzielle Preis für diese Lebensweise ist hoch, vor allem, wenn die Hälfte aller Lieder vom Alkohol handeln. Es bleibt offen, wer wen erwischt: Der Bänkelsänger die Augsburger Szene in ihren wenigen nüchternen Augenblicken oder die Szene verlustiert sich am Bänkelsänger und ertränkt ihn fürsorglich im Alkohol. — (poj)

Die Bildfahndung wird in Bayern zur schweren Belastung der Demonstrationenfreiheit. Gedeckt durch eine Gesetzesänderung Mitte der achtziger Jahre (früher durfte nur bei sog. Vorkommissen aufgezeichnet werden) erlaubt die Polizei Kundgebungen und Demonstrationen fast total auf Bildträger. Zunehmend häufig werden Personen aus Demonstrationen herausgegriffen, bloß weil sie bei vorangegangenen Kundgebungen bildlich erfaßt worden waren.

Wie wird der rechtsstaatliche Schein gewahrt?

Schritt 1: Beamten wird nach dem Einsatz Bildmaterial vorgelegt. Sie werden angehalten, abgebildeten Personen wirklich oder vermutlich strafbare Hergänge zuzuschreiben. Nur als Vermutung, als Anfangsverdacht —; trotzdem entsteht so aus einer vagen Zuordnung zu einem unbestimmten Tatbestand ein Ermittlungsverfahren.

Video-Bilder sind oft schlecht. A identifiziert den Demonstranten B auf einem Video, aber Greifer C, dem man das Video gezeigt hat, erkennt den B nicht wieder. Man bräuchte bessere Bilder, die Presse hat sie...

Schritt 2: Vor einem nächsten Ein-



„Ein kleines Foto reicht“

satz gibt man gute Abbildungen ausgewählter Personen den Greiftruppen der Polizei zum Merken.

Auch Polizisten haben eine moralische Hemmschwelle. Immer wieder offensichtlich Unschuldige festnehmen, das ist nicht so leicht. Der manipulative Einsatz des Bildes hilft, die Urteils-kraft zu überspielen. Der vage Verdacht des Erstverdächtigten hat durch die Bildvorlage den Rang einer sicheren Behördenkenntnis, der eingesetzte Beamte folgt.

Schritt 3: Von ergriffenen Person werden nun erkennungsdienstlich einwandfreie Bilder gefertigt. Diese eignen sich wieder zur Vorsortierung des

immer massenhafter anfallenden Bildmaterials durch Spezialisten.

Schritt 4: Eine mehrmalige Wiederholung von keinerlei Straftat führt zu mehrfacher Aktenkundigkeit. Das bedeutet Material für Staatsanwälte und Richter, wenn präventive Maßnahmen zu beschließen wären.

Bei der Polizei bilden sich „Täterdateien“, in denen Menschen lediglich wegen Eintretens für politische Überzeugungen erfaßt werden.

Die massenhafte Bildaufzeichnung zerlegt den Ermittlungsprozeß so, daß die persönliche Verantwortlichkeit des ermittelnden Beamten eliminiert wird. (A hat nur einen zu überprüfenden Anfangsverdacht geäußert, B hat einen ihm konkret und verlässlich bezeichneten Täter festgenommen...)

Äußere Merkmale, die das Einprägen von Menschengesichtern und -gestalten erleichtern, werden zum politischen Risiko. Der Kreis zum Rassismus schließt sich.

Kann die Ablösung der Kohl-Kinkel-Kanther-Regierung erreicht werden, ist der Rückbau dieses Gesetzes und die Vernichtung der Dateien, die es nach sich zog, ein wichtiger Reformschritt. — (maf)